FACIT

Zeitschrift marxistischer Studenten

Grundlage der Einheit im VDS

Rechtskartell und Monopolkapital

Faschismustheorien der Linken

NLA - Portrait einer kommenden Rechtspartei

24 DM 1,–

UZ. Marx schreibt mit!

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten.

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten, steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

BESTELLSCHEIN

☐ Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit zum vierteljährlichen Bezugspreis von 6,50 DM für 6 Monate

☐ Ich bitte um kostenlose Zusendung eines Probeexemplares

(Unterschrift)

(Name)

(Vorname)

( ) (Wohnort)

(Straße u. Hausnummer)

absenden an
Dr. Wenzel-Verlag GmbH
A 60 – Abteilung 41
Duisburg-Beeck
Pothmannstr. 12

Inhalt

		Seite
Steffen Lehndorff	Grundlage der Einheit im VDS	3
	Rechtskartell und Monopolkapital	5
Christof Kievenheim	Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen — Anmerkungen zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der deutschen Linken	29
Manfred Bosch	NLA — Portrait einer kommenden Rechtspartei	36
Johanna Hund	Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971	41
	Rezension	48

MAI 1971

Impressum

facit — Zeitschrift marxistischer Studenten

Herausgeber: Christof K. Kievenheim (Marburg), Herbert Lederer (Essen), Mira Maase (München), Michael Maercks, Christoph Strawe (Bonn), Peter Schöttler (Bochum), Elisabeth Bessau, Werner Loch (Köln)

Redaktion: Elisabeth Bessau, Christof K. Kievenheim, Werner Loch, Michael Maercks, Peter Schöttler, Christoph Strawe (verantwortlich)

Anschrift für Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln 1, Breite Straße 141-143

Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), Postscheckkonto Köln: 1420 25

Einzelheft 1,— DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,— DM einschließlich Zustellgebühr

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Vertrieb: Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 235 Neumünster, Wendenstr. 4a, Postfach 470.

Druck: Druckerei Helmut Beu, Köln

Annette und Michael Fröhling
44 Münster
Überwasserstraße 23

die tat

Die antifaschistische Wochenzeitung

„die tat" ist alten und neuen Nazis auf der Spur. „die tat" bekämpft das Rechtskartell von Kiesinger/Barzel bis Strauß/Tadden. „die tat" berichtet aktuell und kommentiert das Zeitgeschehen.

Eine Zeitung die man braucht, wenn man den antifaschistischen Widerstandskampf führen will!

Fordern Sie kostenlose Probeexemplare an. 20 Jahre erfolgreicher Kampf der „tat" helfen auch Ihnen!

Ich/Wir bestelle(n) kostenlose Probeexemplare der „tat"

Name ..... Vorname .....

Postleitzahl ..... Wohnort .....

Straße .....

Bitte einsenden an „die tat"
6 Frankfurt/Main 1, Postfach 2409, Schumannstraße 56

Grundlage der Einheit im VDS

Steffen Lehndorff

Insgesamt 70 Hochschulen, die Vertreter von etwa 310 000 Studenten, waren auf der 23. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) vom 18. bis 21. März in Bonn repräsentiert. Internationale Gäste und Vertreter zahlreicher befreundeter Organisationen unterstrichen die Bedeutung der größten studentischen Organisation in der Bundesrepublik. Stürmisch begrüßt wurden der offizielle Vertreter des Botschafters von Chile, Kulturattaché Gustavo Becerra, eine Delegation des Internationalen Studentenbundes (ISB), Vertreter des sowjetischen Komsomol, Delegationen aus Polen, Bulgarien, Ungarn und der Freien Deutschen Jugend aus der DDR. Anwesend waren zwei Vertreter des Bundesvorstandes des DGB, ein Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), zwei Abgesandte der Bundesassistentenkonferenz (BAK) sowie Delegationen der SDAJ und der DFU. Grußbotschaften gingen der Tagung von Prof. Fabian, dem SPD-Abgeordneten Wiechert, der IG Metall und den Jungsozialisten, von Studentenverbänden aus Frankreich, Algerien und Rumänien sowie von zahlreichen Persönlichkeiten des In- und Auslandes zu. Mit Empörung wurde auf dem Kongreß die Bonner Verweigerung einer Einreiseerlaubnis für eine Studenten-Delegation der Provisorischen Regierung Südvietnams zur Kenntnis genommen.

Die ersten Ansätze für ein einheitliches Vorgehen im vds ergaben sich in den Fragen des antiimperialistischen Kampfes. Dort, wo die Aggressivität des „freien Westens" am deutlichsten hervortritt, wird die Notwendigkeit der Aktionseinheit gegen den Imperialismus am offensichtlichsten. Dies ist aus zwei Gründen von erheblicher Bedeutung: einmal ist die Solidarität aller fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen Staaten die wesentliche Grundbedingung für jegliche wirksame Unterstützung vor allem des Kampfes der Völker Indochinas für Frieden und nationale Unabhängigkeit. Dies war ja auch die wichtigste Aussage in dem Appell, den die Vertreter des Studentenbundes für die Befreiung Südvietnams, denen bekanntlich die Bundesregierung die Einreise nach Westdeutschland verweigerte, an die Delegierten der vds-Mitgliederversammlung richteten.

Zugleich bietet die Einheit im antiimperialistischen Kampf gute Ansatzpunkte für die Geschlossenheit im Kampf gegen die Wurzeln des Imperialismus im eigenen Lande, nämlich das Monopolkapital mit seinen politischen Agenturen.

Aber gerade über die Frage, wer der Hauptgegner im eigenen Land ist, gab es erhebliche Meinungsverschiedenheiten auf der Mitgliederversammlung.

Etwas vereinfacht ausgedrückt, standen zwei Probleme im Mittelpunkt: die Rolle des Rechtskartells in Westdeutschland und die Bedeutung der Mitbestimmungsforderung.

In der Diskussion über die erste Frage abstrahierten einige Gruppen auf der Mitgliederversammlung von der augenblicklichen Entwicklung der Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik. Sie kamen deshalb von der Einschätzung des Klassencharakters der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, die sich als exzellente Sachwalterin von Monopolinteressen erweist, unmittelbar zu dem Schluß, daß der Hauptstoß aller fortschrittlichen Kräfte gegen diese SPD/FDP-Bundesregierung zu richten sei. Demgegenüber weist die Hauptresolution auf die Gefahr hin, die dem Frieden in Europa und auch den Restbeständen an bürgerlicher Demokratie durch die Sammlung und Organisierung der Rechtskräfte unter Führung der CDU/CSU in Westdeutschland droht. Diese wachsende Rechtsgefahr wird in erster Linie in der Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes deutlich, der die Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus aufs äußerte zuspitzt. Das Rechtskartell versucht mit zunehmendem Erfolg, diejenigen Maßnahmen der SPD/FDP-Regierung in der Praxis wieder rückgängig zu machen, die bessere Bedingungen für unse-

ren Kampf um Frieden in Europa und demokratischen Fortschritt in der Bundesrepublik geschaffen hätten. Der Erfolg der Rechskräfte besteht nicht zuletzt darin, daß sie die Rechtsentwicklung innerhalb der SPD begünstigt haben, so daß ihnen heute erweiterte Möglichkeiten der Entfaltung ihrer sozialen Demagogie entstehen.

Die Diskussionen auf der vds-Mitgliederversammlung erbrachten eindeutig, daß uns Vertrauen in die SPD-Führung in unserem Kampf gegen rechts nicht nur nicht weiterhilft, sondern sogar Illusionen erzeugt und uns daher behindert. Zugleich konnte in den Auseinandersetzungen auf der Mitgliederversammlung herausgearbeitet werden, daß auch die notwendige Konfrontation der SPD-geführten Bundesregierung mit den Interessen ihrer sozialen Basis nur dann möglich ist, wenn der Hauptstoß des demokratischen Kampfes gegen die organisierten Rechtskräfte geführt wird, und zwar offensiv für positive demokratische Alternativen

Dies erklärt auch die Bedeutung der Mitbestimmungsforderung, der von einigen Delegierten vorgeworfen wurde, sie sei „systemstabilisierend" und diene nur den fortgeschrittensten Monopolen. Es gelang demgegenüber jedoch, im Aktionsprogramm die praktische Bedeutung des Mitbestimmungskampfes als einem zentralen Beitrag zur Zurückdrängung der Monopolmacht an verschiedenen Beispielen deutlich zu machen. Wir konnten ja schließlich auf der Erfahrung aufbauen, daß die Arbeiterbewegung und die mit ihr verbündeten fortschrittlichen Kräfte auch unter den Bedingungen einer sozialliberalen Regierung im offensiven Kampf für demokratische Rechte wie die Mitbestimmung zuallererst auf den erbitterten Widerstand der konzertierten Reaktion stoßen.

SHB und Spartakus, wie die Mitgliederversammlung wieder einmal bewiesen hat, stellen keineswegs einen homogenen Block dar, sondern die erwähnten Meinungsverschiedenheiten reichen bis tief in den SHB hinein. Gleichzeitig wurde klar, daß dadurch weder der SHB noch das Bündnis, das den vds trägt, geschwächt wurden. Im Gegenteil: m. E. hat die offene, aber solidarische Austragung aller Meinungsverschiedenheiten noch bessere Ansatzpunkte als bisher geschaffen, um die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und dem vds einen kraftvollen Motor zu geben. Das mit einer Mehrheit von annähernd zwei Dritteln der Delegierten verabschiedete Aktionsprogramm erweist sich somit als ein Zeugnis der Einigung auf die wesentlichen, nächstliegenden Schritte im demokratischen Kampf an der Hochschule, und zugleich deutet es den Umfang der Aufgaben an, die noch zu lösen sind, wenn wir aus der Bereitschaft zum einheitlichen Vorgehen gegen die imperialistischen Aggressionen nach außen die notwendigen Konsequenzen für die Schaffung der Aktionseinheit gegen die imperialistische Bourgeoisie im eigenen Lande ziehen wollen.

SHB und Spartakus sind die beiden tragenden Säulen im vds. Die zunehmende Profilierung des SHB, so wie sie sich auf dieser Mitgliederversammlung gezeigt hat, verleiht dem Bündnis von SHB und Spartakus zusätzliche Schlagkraft. Der SHB hat meiner Ansicht nach dem SPD-Parteirat, der Sozialdemokraten die Aktionseinheit mit Kommunisten unter Strafe stellt, eine praktische Lektion erteilt: Willy Brandts Hinweis, für die Durchsetzung des Verbots der Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten gäbe es in Studentenausschüssen und Betriebsräten andere Maßstäbe als anderswo, trifft bei weitem nicht den Kern der Sache. In Wirklichkeit ist überall dort, wo einzelne soziale Gruppen und Schichten den Kampf für ihre unmittelbaren Interessen, den Kampf für Mitbestimmung und demokratischen Fortschritt offensiv gegen die Herrschaft des Monopolkapitals aufgenommen haben, die Aktionseinheit unumgänglich, also zu einem praktischen Erfordernis geworden. Das Beispiel des vds beweist es: der Versuch der Aufspaltung der fortschrittlichen Kräfte durch derartige Antikommunismus-Beschlüsse ist der Versuch, die praktischen Aktionsmöglichkeiten des Kampfes gegen Rechts zu zerstören. Das Beispiel des vds beweist aber auch, daß solche Versuche wirkungslos bleiben, wenn sich die demokratischen Kräfte von derartigen Störmanövern nicht beirren lassen und den Kampf für soziale und politische Interessen konsequent verstärken.

Zum aktuellen Stand der taktischen Auseinandersetzungen in der herrschenden Klasse der BRD stellen wir einige Beiträge einer Arbeitsgruppe innerhalb des SPARTAKUS-Assoziation Marxistischer Studenten der Hochschulgruppe in Marburg hier zur Diskussion. Die einzelnen, relativ selbständigen Abschnitte, in denen vorläufige Arbeitsergebnisse ausgeführt werden, konnten aus zeitlichen Gründen nur ungenügend redaktionell überarbeitet und integriert werden. Sie entstanden unter Mitarbeit von Jürgen Burger, H.-J. Burbaum, Dietrich Busch, Gitta Grabenhorst, Bernd Gü ber, Christof Kievenheim, H. G. Michels, Hanno Parmentier und Jan Priewe. Die Arbeiten wurden Anfang März 1971 abgeschlossen.

Die Redaktion

Rechtskartell und Monopolkapital

I.

Die gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik sind gekennzeichnet durch die Attacken der besonders um die CDU/CSU gruppierten Kräfte gegen die Moskauer und Warschauer Verträge, gegen die Forderungen der Arbeiterklasse nach paritätischer Mitbestimmung sowie die sozialdemokratische Politik der „inneren Reformen" auf der einen Seite, auf der anderen Seite durch die strategische Kampforientierung der demokratischen und sozialistischen Arbeiter und Studenten gegen eine reaktionäre Politik, die mit dem Begriff des „Rechtskartells" benannt wird. Für die Arbeiterbewegung ist von zentraler und entscheidender Bedeutung die Frage, ob sich hinter diesem „Rechtskartell" mehr verbirgt als die — von Lenin hervorgehobene — dem Monopol (insbesondere unter staatsmonopolistisch gesetzten Bedingungen) immanente Tendenz zur politischen Reaktion, d. h. zum Abbau der Demokratie, zur Beschneidung der errungenen Kampfpositionen der Arbeiterklasse und zur autoritären ideologischen Formierung.
Ist das „Rechtskartell" einer eindeutigen, relativ beständigen und in sich homogenen Fraktion des Monopolkapitals zuzuordnen? Inwieweit bedarf der im gegenwärtigen Stadium des Imperialismus auf höherer Ebene reproduzierte Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unterschiedlicher Varianten staatsmonopolistischer Herrschaftsabsicherung, deren Tendenzen schon im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzung der traditionellen bürgerlichen Parteien mit der sozialdemokratisch geführten Regierung erkennbar sind? Ist das „Rechtskartell" ein jeweils zu aktuellen Anlässen kurzweiliges politisches Bündnis aller reaktionären Kräfte oder dient es der langfristigen Vorbereitung eines Machtwechsels bzw. der vorzeitigen Mobilisierung des gesamten, zur Zeit in den verschiedensten Organisationen gesammelten faschistischen Potentials unter Führung der CDU/CSU?
Die Antwort auf diese Fragen sollen einige ausgewählte Bereiche imperialistischer Politik liefern.
Dieser Artikel liefert lediglich Materialien zu strategischen und taktischen Varianten innen-, militär-, außenpolitischer und ideologischer Herrschaftsausübung innerhalb der Monopolbourgeoisie und ihrer politischen Parteien.
Er bietet insofern Anhaltspunkte für den Kampf der demokratischen und sozialistischen Bewegung, wenngleich er nicht explizit zu deren Strategie Stellung nimmt.
Auch die innere Struktur und Funktion des rechts von der CSU organisierten Blocks faschistischer, chauvinistischer und revanchistischer Kräfte konnte nicht näher ana-

lysiert werden, obwohl deren Bedeutung für die ideologische Kaschierung der eigenen Rechtsentwicklung der bürgerlichen Parteien sowie deren aktivierbares Wählerreservoir nicht unterschätzt werden darf.

II.

Monopolkapital und innere Reformen

Nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode des deutschen Kapitalismus und der sowohl ökonomisch als auch politisch zutage tretenden Systemlabilität hat die Frage der inneren Reformen des staatsmonopolistischen Systems als Versuch der Anpassung an die veränderten Reproduktionsbedingungen und als Antwort auf die verstärkte Kampfbereitschaft von Teilen der Arbeiterklasse zentrale Bedeutung für die weitere monopolistische Herrschaftssicherung erhalten. Zum einen stehen dabei Maßnahmen im Vordergrund, die eine langfristige Sicherung der Profitbedingungen bewirken und damit die im wesentlichen auf kurzfristige Profitmaximierung gerichtete Wirtschaftspolitik der 50er Jahre ablösen.

Zum anderen erweist sich eine langfristige Planungs- und Regulierungspolitik im Sinne des Monopolkapitals nur in dem Maße als realisierbar, in dem es gelingt, ökonomische und politische „Unsicherheitsfaktoren", wie sie in den Bewegungen der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommen, zu eliminieren. Von daher bedarf es des verstärkten Eingriffs des Staates, um in Verbindung mit seinen wirtschaftlichen Lenkungsorganen organisiert und prophylaktisch auf die Disziplinierung der Arbeiterschaft hinzuwirken. Die von der Sozialdemokratie nach ihrer Regierungsübernahme skizzierte Konzeption der inneren Reformen entsprach insofern objektiv den Interessen des Monopolkapitals.

Wenn es gegen dieses Programm bzw. einige Detailvorschläge desselben in der Folgezeit vor allem von der CDU/CSU massive propagandistische Opposition gab, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hierbei keineswegs um die Artikulation prinzipieller Meinungsverschiedenheiten handelt.

Die in Erscheinung getretenen Differenzen haben ihre wesentliche Ursache in der den Reformmaßnahmen selbst immanenten Ambivalenz, da das Monopolkapital zur Bewältigung der Systemkrisen zu Formen der Organisation des Produktions- und Reproduktionsprozesses greifen muß, die zum Teil der Form nach sozialistischen Produktionsverhältnissen vergleichbar sind. Sofern die Integrationspolitik gegenüber der Arbeiterklasse die aktive Einbeziehung ihrer Vertreter in monopolistische Leitungsgremien erfordert, impliziert das bei einer Stärkung der oppositionellen Kräfte in der Arbeiterbewegung die Gefahr des Eindringens systemsprengender Kräfte in staatsmonopolistische Institutionen.

Die sich daraus ergebenden Widersprüche sowohl für das Kapital als auch für die Arbeiterbewegung sollen im folgenden anhand der Mitbestimmungsdiskussion als auch anhand der jüngsten Einschätzungen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch die BDA aufgezeigt werden.

Für das in der BDA organisierte westdeutsche Monopolkapital steht die Notwendigkeit, das staatsmonopolistische Herrschafts- und Ausbeutungssystem auf eine breitere Basis der Profitsicherung zu stellen. Nicht allein mehr staatlich vermittelte Subventionen, Steuererleichterungen und Staatsaufträge sind zur reibungslosen Profitmaximierung notwendig, sondern vielmehr die Sicherung der Profitbedingungen selber.

Vor dem Hintergrund des Erstarkens eines in den Lohnbewegungen der Jahre 1969 und 1970 manifestierten Kampfwillens der westdeutschen Arbeiterklasse und des Anwachsens konsequent demokratischen und sozialistischen Bewußtseins in weiten Teilen der Intelligenz und der gleichzeitigen Reformierung des imperialistischen Systems schätzt die BDA die parteipolitischen Gruppierungen ein: „Die SPD, die in ihrer Gesellschaftspolitik Rücksicht nehmen muß auf ihren Koalitionspartner, steht zunehmend vor einer doppelten Schwierigkeit: Einerseits sieht sie sich genötigt, ihre Reformversprechen einzulösen und sich der politischen Unterstützung der Gewerkschaften sowie der Jungsozialisten zu versichern; andererseits muß sie ihren tagespolitischen Handlungsspielraum und dazu noch ihr Image als bürgerliche Volkspartei erhalten" [1].

[1] Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Jahresbericht 1970, Köln 1970, S. 3.

Die neue Taschenbuch-Reihe

Sammlung Luchterhand

Diese Reihe ist im Belletristischen auf der Höhe der Zeit und im Kritischen äußerst fortschrittlich: dies aber nicht als eine der vielen peripheren Erscheinungen modischer Orientierung, sondern im Grundsätzlichen wissenschaftlich und solid.
Heinz Ludwig Arnold, Hessischer Rundfunk

Im ersten Halbjahr 1971 erscheinen folgende Titel:

Band 15 Februar 1971
H.C. Artmann das suchen nach dem gestrigen tag
oder schnee auf einem heißen brotwecken. Eintragungen eines bizarren Liebhabers. DM 4,80

Band 16 Februar 1971
Eric J. Hobsbawm Sozialrebellen
Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

Band 17 April 1971
Eugène Ionesco Der Schlamm/ Das große Massakerspiel
Zwei Stücke. Aus dem Französischen von Peter Gaus und Lore Kornell. Mit einer Dokumentation. DM 7,80

Band 18 Februar 1971
H.C.F. Mansilla Faschismus und eindimensionale Gesellschaft
DM 9,80

Band 19 Februar 1971
Helga Gallas Marxistische Literaturtheorie
Kontroversen im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 1. DM 9,80

Band 20 April 1971
Alexander Solschenizyn Hirsch und Hure
Theaterstück. Aus dem Russischen von Gisela Drohla. DM 4,80

Band 21 April 1971
Georg Lukács Die Seele und die Formen
Essays. DM 9,80

Band 22 April 1971
Hannes Heer Das Ende des Reformismus
Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933. DM 7,80

Band 23 April 1971
Adrian Hsia Die chinesische Kulturrevolution
Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft. DM 9,80

Band 24 Juni 1971
Kurt Marti Abratzky oder Die kleine Brockhütte
Nachträge zur weiteren Förderung unseres Wissens. Lexikon in einem Band DM 4,80

Band 29 April 1971
Hans G Helms/ Jörn Janssen Kapitalistischer Städtebau
Ungekürzte Sonderausgabe. DM 7,80

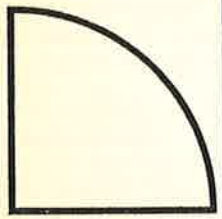
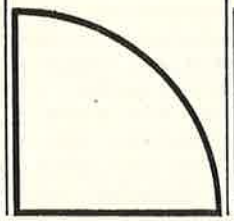
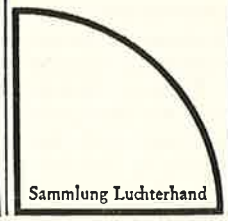
Band 25 Juni 1971
Jürgen Habermas Strukturwandel der Öffentlichkeit
Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

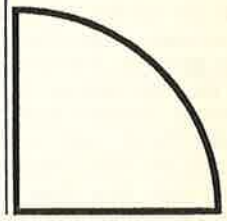
Band 26 Juni 1971
Miguel Angel Asturias Weekend in Guatemala
Acht Novellen. Deutsch von Lene Klein. DM 9,80

Band 27 Juni 1971
Michael Scharang Zur Emanzipation der Kunst
Essays. DM 4,80

Band 30 Juni 1971
Jean-Paul Sartre Intellektuelle in der Revolution
Deutsch von H. v. Nussbaum. DM 7,80

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten sie in Ihrer Buchhandlung.



Zur reibungslosen Durchsetzung der zur Profilerhaltung und -realisierung nötigen politischer Entscheidungen scheint selbst die CDU mit ihrem sozialdemagogischen „Arbeitnehmerflügel" nicht entsprechend geeignet zu sein. Dem Fortschreibungsentwurf des Berliner CDU-Programmes „mangelt es im Gegensatz zu einer klaren gesellschaftspolitischen Linie der CSU an eindeutigen Bekenntnissen zum Privateigentum und zu den Grundprinzipien der Marktwirtschaft" [2]) Die CSU als konsequentestes Sammelbekken der reaktionären Wählermassen einschließlich der faschistischen scheint die zumindest im „Ernstfall" adäquateste Partei zur Herrschaftsabsicherung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu sein. Zwar sind die willfährigen Bemühungen von CDU und besonders SPD, ihre Politik dem Monopolkapital genehm erscheinen zu lassen, unverkennbar reaktionär: sowohl der Düsseldorfer Parteitag der CDU, auf dem der Dregger/Barzel-Flügel eindeutig den „Arbeitnehmer-Flügel" zurückdrängte, als auch der forcierte Antikommunismus-Beschluß und damit im Zusammenhang die von langer Hand vorbereitete Kampagne gegen die Jungsozialisten in der SPD verdeutlichen dies, — jedoch bleibt zumindest die SPD aufgrund ihrer vornehmlich proletarischen Wählerbasis dem Monopolkapital nach wie vor suspekt. So wird die SPD des öfteren im Jahresbericht der BDA — zweifellos auch mit propagandistischer Absicht — zusammen mit dem DGB in einem Atemzug genannt. Zwar wird ebenso wie der SPD dem DGB das Dilemma des Konflikts zwischen Führung und Masse konzediert, aber ebendeswegen traut die BDA dem Erfolg integrationistischer Politik nicht ganz über den Weg.

Doch auch das Monopolkapital steht vor einem objektiven Widerspruch: Nicht nur, daß die für die Wissenschaftlich-technische Revolution nötigen Qualifikationsanforderungen gewisser Arbeiterschichten die Einsicht in die Überlebtheit des Systems fördern könnten, sondern auch, daß die Monopole weder bereit noch in der Lage sind, die Kosten der Reformfinanzierung zu übernehmen, noch dem Staat dies unbegrenzt zubilligen wollen. Der Staat als wichtigster Umverteiler des Nationaleinkommens soll nicht nur die Sicherung der allgemeinen Systemgrundlagen und -voraussetzungen bewerkstelligen, er hat nach wie vor — und dies ist bei der im Imperialismus auf eine neue Stufe gehobenen Konkurrenz auch nicht anders denkbar — die Monopolprofite einzelner Monopole durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu stützen.

„Damit stellt sich aber erneut die Notwendigkeit der Prioritätensetzung. Überhöhte Sozialkostenbelastungen der Wirtschaft müssen zwangsläufig die Tendenz zur Einschränkung der Investitionstätigkeit verstärken und damit die Aufrechterhaltung eines angemessenen Wirtschaftswachstums und Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes als Voraussetzungen einer erfolgreichen Sozialpolitik gefährden. Aber die Bundesregierung scheut sich, gegenüber den Wählern zu erklären, welche sozialen Ziele sich nur unter Zurückstellung anderer verwirklichen lassen". [3])

Ein weiterer Kritikpunkt an der Regierungspolitik liegt in der Sorge, daß die zur Finanzierung der Reformen unumgänglichen Anleihen auf dem Kapitalmarkt die Zinssätze auch für die „freie Wirtschaft" zwangsläufig erhöhten. Die BDA droht der Regierung mit dem Gespenst, vor dem sie selbst die allergrößte Furcht hat: dem Gespenst der Arbeitslosigkeit, die im Falle einer höheren Beschneidung der Profite sowie eines offensiven Lohnkampfes eintreten könnte. Freilich nur ein Grad der Arbeitslosigkeit, der über ein bestimmtes Maß hinausgeht, kann systemgefährdend wirken.

Da besonders der Ausbau der Infra- und Qualifikationsstruktur vom BDA in den Vordergrund gestellt wird, diese beiden Bereiche aber hohe Investitionen erfordern, soll der Bevölkerung zum einen klar gemacht werden, welche Prioritäten die Regierung vorzunehmen gedenkt, des weiteren soll sie ideologisch zur Einsicht in die Notwendigkeit des Abbaus des Sozialkonsums getrimmt werden.

Die BDA betont, daß das Behagen oder Unbehagen über diese Gesellschaftsordnung nicht zuletzt abhängen wird von der Zufriedenheit über die im Infrastrukturbereich vorgenommenen Reformen. Da jedoch

[2]) a.a.O., S. 4.

[3]) a.a.O., S. 13

Literatur zur marxistischen Theorie im Suhrkamp Verlag

Die marxistische Theorie ist weder positive materialistische Philosophie noch positive Wissenschaft. Sie ist vielmehr von Anfang bis zu Ende eine zunächst theoretische, in der Folge auch praktische *Kritik* der bestehenden Gesellschaftsordnung und aller Institutionen und Ideen dieser bestehenden Gesellschaftsordnung.

Karl Korsch

Theodor W. Adorno

Aufsätze zur Gesellschaftstheorie und Methodologie

1970. Theorie. 248 S. DM 8.–

Louis Althusser

Für Marx

Aus dem Französischen von Karin Brachmann und Gabriele Sprigath.

1968. Theorie. 216 S. DM 10.–

Ernst Bloch

Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie

Band 10 der Gesamtausgabe.

1969. 634 S. Ln. DM 34.– Kt. DM 24.–

Ernst Bloch

Politische Messungen. Pestzeit. Vormärz

Band 12 der Gesamtausgabe.

1970. 485 S. Ln. DM 36.– Kt. DM 24.–

Ernst Bloch

Das Prinzip Hoffnung. In fünf Teilen

Band 5 der Gesamtausgabe.

1959. 1658 S. 2 Bände. Ln. DM 68.–

Ernst Bloch

Das Prinzip Hoffnung

Wissenschaftliche Sonderausgabe.

1967. 1658 S. 3 Bände. Leinenkaschiert DM 27.–

Nikolai Bucharin/ Abram Deborin

Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus

Einleitung von Oskar Negt.

1969. Theorie. 400 S. DM 12.–

Jürgen Habermas

Erkenntnis und Interesse

1968. Theorie. 368 S. DM 15.–

Hermeneutik und Ideologiekritik

Herausgegeben von Jürgen Habermas.

1971. Theorie-Diskussion. ca. 252 S. Balacron-Einband. ca. DM 15.–

Karel Kosík

Die Dialektik des Konkreten

Aus dem Tschechischen von Marianne Hoffmann.

1967. Theorie. 248 S. DM 10.–

Herbert Marcuse

Triebstruktur und Gesellschaft. Essay

Aus dem Amerikanischen von Marianne v. Eckardt-Jaffe.

1965. 40. Tsd. 1970. Bibliothek Suhrkamp 158. 272 S. DM 7.80

Marxismus und Ethik

Texte zum Neukantianischen Sozialismus

Herausgegeben von Jörg Sandkühler und Rafael de la Vega. Einleitung von Jörg Sandkühler.

1970. Theorie. 320 S. DM 14.–

Barrington Moore

Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt.

Aus dem Amerikanischen von Gert H. Müller.

1969. 636 S. Ln. DM 38.– Kt. DM 28.–

Psychoanalyse und Marxismus

Dokumentation einer Kontroverse. Einleitung von Jörg Sandkühler.

1970. Theorie. 316 S. DM 12.–

Lucien Sebag

Marxismus und Strukturalismus

Aus dem Französischen von Hans Naumann.

1967. Theorie. 332 S. DM 10.–

Alfred Sohn-Rethel

Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis.

1970. 212 S. Kt. DM 12.–

Georges Sorel

Über die Gewalt

Mit einem Nachwort von George Lichtheim.

Aus dem Französischen von Ludwig Oppenheimer.

1969. Theorie. 394 S. DM 12.–

Petr L. Stučka

Die revolutionäre Rolle von Recht und Staat

Einleitung und Übersetzung von Norbert Reich.

1969. Theorie. 188 S. DM 8.–

Paul A. Baran/ Paul M. Sweezy

Monopolkapital

Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Aus dem Amerikanischen von Hans-Werner Saß.

1967. 414 S. Ln. DM 26.– Kt. DM 16.–

Dietrich Böhler

Metakritik der Marxschen Ideologiekritik. Erstes Prolegomenon einer reflektierten Ideologiekritik und »Theorie-Praxis-Vermittlung«

1971. ca. 400 S. Kt. ca. DM 20.–

Ernest Mandel

Marxistische Wirtschaftstheorie

Aus dem Französischen von Lothar Boepple.

1968. 806 S. Leinenkaschiert DM 18.–

Bei Ihrem Buchhändler oder direkt vom Suhrkamp Verlag erhalten Sie ausführliche Prospekte der Reihen und der Neuerscheinungen.

Suhrkamp Verlag

6 Frankfurt/M. 1
Postfach 2446

sowohl die Finanzierung der staatsmonopolistischen Reformen mittels Konsumverzicht und restriktiver Tarifpolitik auf Kosten der Werktätigen gehen wird, als auch der Charakter der Reformen, z. B. die Formierung des Ausbildungssektors, den Profitinteressen und damit der Manipulierung der Massen angepaßt werden sollen, muß die BDA auf den zu erwartenden verschärften Klassenkampf schon heute mit ihrem ideologischen und ökonomischen Waffenarsenal reagieren. „In dem Nebeneinander von sozialen Euphorien und wirtschaftlicher Realität offenbart sich eine Gefahr, die nur durch mehr Informationen gebannt werden kann. Hier liegt ein Grund, warum die Informationswissenschaft und ihre technischen Anwendungen zu einem der wichtigsten Zukunftsinstrumente in Betrieb und Gesellschaft werden." [4])

Neben der forcierten ideologischen Formierung sieht der frühere BDA-Chef Balke die Konzentration der Unternehmerorganisationen als eine der wichtigsten Aufgaben:

„Wichtig scheint mir zu sein, daß sich künftig die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates noch enger verzahnen mit der Folge, daß auch die Unternehmerorganisationen ihre Kräfte konzentrieren müssen."

Realistisch stellt er jedoch fest: „Eine solche Solidarisierung wird immer gegenüber branchenbedingten Sonderinteressen ihre Grenze haben." [5])

Der Kampf der Unternehmer sollte verstärkt und mit allen Mitteln gegen die Gefahr des Ausbruchs wilder Streiks geführt werden, die Unternehmer hätten bisher untereinander viel zu wenig kooperiert und zu wenig von ihrem Recht auf Aussperrung Gebrauch gemacht. Es müsse weiterhin das Ziel bleiben, einen, wie es ein BMW-Manager ausdrückte, Generalangriff auf alle Kosten, d. h. vorrangig auf die Lohnkosten zu machen. Die Monopolvertreter erkennen und formulieren eindeutig den Zusammenhang vom Ausbau ihres Herrschaftssystems mit der wachsenden staatlichen Tätigkeit, ökonomischer und organisatorischer Zusammenschlüsse der Unternehmer, ideologischer Formierung und Druck auf die Arbeiterklasse und deren Organisationen.

„Eine zunehmende Verflechtung zwischen staatlicher Strukturpolitik und privatwirtschaftlichem Unternehmenserfolg lassen auch das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in einem anderen Zusammenhang erscheinen. Gerade bei den Infrastrukturfragen wird in besonderem Maße augenfällig, daß alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen auch ordnungspolitischen Rang haben. Wir dürfen uns ohne vorherige Klarheit über die meta-ökonomischen, gesellschaftspolitischen Ziele und Prioritäten nicht in einer Politik pragmatischer Ziel-Mittel-Kombinationen erschöpfen ... Die Arbeitgeberverbände — vor allem die regionalen Organisationen — sollten künftig in stärkerem Maße auf die sozialen Komponenten der Infrastruktur Bedacht nehmen." [6])

Damit macht das Monopolkapital deutlich, daß es bestrebt ist, den künftig zu erwartenden Klassenkonflikten, die nicht mehr nur auf der Ebene der lohnpolitisch begrenzten Produktionssphäre ausgetragen werden, auf allen Ebenen organisiert entgegenzutreten. Neben dem machtpolitischen Instrumentarium von Notstandsgesetzen, Gesetzen und betriebseigenen Kampfgruppen bietet die BDA als Zuckerbrot die Ventile der Mitbestimmung des einzelnen an, „ohne daß wirtschaftliche Ordnung und Dynamik gestört werden"; die „gerechte und breite Vermögensbildung, die die Grundlagen der Marktwirtschaft sichert ..."; eine „Sozialpolitik, die auf das Wechselverhältnis von solidarer Sicherung und politischer Mündigkeit bedacht ist ..."; sowie die „Tarifautonomie als Grundlage des Spannungsausgleichs gegenläufiger Interessen der Sozialpartner ...", deren Handlungsfreiheit auf freiwillige Solidarität zurückführbar sein müsse. [7])

Die künftige Entwicklung erfordere das Wohlverhalten eines jeden Bürgers, das durch Infrastrukturausgaben und Manipulation zu gewährleisten sei; das Wohlverhalten eines jeden Arbeiters, das durch ein System betrieblicher Lohnfindung und Sozialpolitik inklusive Mitbestimmung zu garantieren sei; schließlich das Wohlverhalten der Gewerkschaften, wollen sie Arbeitslosigkeit verhindern und ihre Tarifautonomie

[4]) a.a.O., S. 205
[5]) a.a.O., S. 209
[6]) a.a.O., S. 208
[7]) a.a.O., S. 5

Brücken-Verlag GmbH.

Buch-Import-Export - 4 Düsseldorf - Ackerstr. 3 - Postfach 1928 - Ruf 35 38 83/84

Jean Villain

DIE GROSSEN 72 TAGE

381 Seiten, davon ca. 100 Seiten Bildteil, Pappband **16,20 DM**

Ein Report über die Pariser Kommunarden

Dieses Buch ist mit keinem der üblichen Gedenkbände vergleichbar. Zeitungsartikel, Flugblätter, Briefe von Augenzeugen, Polizeiberichte, militärische Lagemeldungen und Tagesbefehle, Plakate, Zeichnungen und Fotografien — das alles ist gemeinsam mit Auszügen aus Memoiren und wissenschaftlichen Werken zu einem authentischen und eindrucksstarken Bild der Pariser Kommune von 1871 vereinigt worden. Der Text von Jean Villain stellt die Verbindung zwischen den einzelnen Quellen und die Beziehung zur Gegenwart her. Im Pariser Alltag von heute werden die Spuren der Pariser Kommune gesucht. Zudem untersucht Villain auch die Rolle Preußens und die Hintergründe der bismarckschen Reichsgründung und ermöglicht so dem Leser Rückschlüsse auf hundert Jahre europäischer Geschichte.

behalten.

Inwieweit das Monopolkapital auch der Frage der Mitbestimmung einen zentralen Stellenwert in der klassenpolitischen Auseinandersetzung zuweist, beweisen in der Geschichte der BRD die innerhalb der Bourgeoisie unterschiedlichen Auffassungen zur Konzeption der Mitbestimmung, wobei gerade die Integrationsstrategie differenzierten taktischen Einschätzungen unterliegt.

Seit Ende des 2. Weltkrieges hat die Frage der Mitbestimmung und Betriebsverfassung immer wieder im Mittelpunkt gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen in der BRD gestanden.[8]) Die hier erkämpften Positionen und gesetzlichen Regelungen spiegeln das jeweilige Kräfteverhältnis der Klassen in verschiedenen Phasen der Entwicklung des deutschen Kapitalismus wider und zeigen zugleich exemplarisch das Problem der klassenpolitischen Ambivalenz von Reformmaßnahmen im staatsmonopolistischen Kapitalismus. So muß die Einführung der Montan-Mitbestimmung in den Jahren 1946/1947 als Folge einer Niederlage der um Sozialisierung der Großindustrie kämpfenden deutschen Arbeiterklasse gegen das Bündnis von westlichen Besatzungsmächten, deutscher Bourgeoisie und sozialdemokratischer Führung gewertet werden, wobei diese Positionen wenige Jahre später — im Zeichen fortschreitender Restabilisierung des deutschen Kapitalismus — gegen die Liquidationsabsichten des Monopolkapitals verteidigt werden mußten. Anders als die Montan-Mitbestimmung waren die Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes von vornherein durch den Verzicht der DGB-Führung zur Mobilisierung der gewerkschaftlichen Basis gekennzeichnet. Inwieweit es in der Folge gelang, den gesetzlichen Rahmen zu Machtpositionen der Belegschaften aufzubauen, bzw. inwieweit nicht einmal die hier sanktionierten bescheidenen Rechte der Belegschaften ausgenützt wurden, reflektiert wiederum das jeweilige klassenpolitische Kräfteverhältnis, vor allem auf der Ebene der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Positionen innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung.[9]) Daraus wird zugleich deutlich, daß nicht schon bestimmte gesetzliche Regelungen allein Gegenmachtpositionen manifestieren, sondern diese erst in deren kämpferischer Handhabung gegeneinander abgegrenzt werden, wobei sie sowohl Mittel der Integration und Domestizierung der Arbeiterklasse wie auch der konsequenten Interessenvertretung werden können.

Die Bedingungen freilich, unter denen die verschiedenen Klassenkräfte operieren können, werden durch die gesetzliche Regelung nicht unwesentlich beeinflußt. So zeigen sich dann auch in den verschiedenen Vorschlägen und Vorstößen in der gegenwärtigen Debatte um eine Novellierung der Betriebsverfassung auf Seiten des deutschen Großkapitals und der systemtragenden politischen Parteien verschiedene Varianten, die unterschiedliche Positionen zur Frage der Mittel und Wege ausdrücken, mit denen das gemeinsame strategische Ziel der Domestizierung der Arbeiterklasse erreicht werden kann.

Der vorliegende **Regierungsentwurf** stellt selbst einen Kompromiß zwischen dem ersten Vorschlag des ehemaligen Gewerkschaftsfunktionärs und heutigen Bundesarbeitsministers Arendt (SPD) und den hiergegen geltend gemachten Einwänden sowohl der FDP als auch Teilen der SPD-Führung dar[10]).

Getilgt wurden aus dem Arendt-Entwurf insbesondere diejenigen Regelungen, die eine gewisse Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses auf betrieblicher Ebene, die Möglichkeit der tarifvertraglichen Vereinbarung weitergehender Mitbestimmungs-Regelungen und die Vereinheitlichung der Interessenvertretung durch Einbeziehung der „leitenden" Angestellten vorsahen. Daß größere Operationsmöglichkeiten der Gewerkschaften im Betrieb noch keineswegs a priori eine Stärkung der Positionen der Belegschaften bedeuten, folgt bereits aus dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis innerhalb des DGB und der Einzelgewerkschaften, d. h. der Dominanz der integrationistischen Kräfte. So verstehen die Befürworter einer

[8]) vgl. Deppe u. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt 1969

[9]) vgl. „Mitbestimmung als Kampfaufgabe", Beiträge des IMSF, Nr. 2, Köln 1971

[10]) vgl. Spiegel 5/71

stärkeren betrieblichen Präsenz der Gewerkschaften deren Aufgaben auch durchaus folgerichtig im Sinne einer „Ordnungsfunktion." [11])

Daß der ungehinderte Zugang der Gewerkschaften zum Betrieb und vor allem die Möglichkeit, Mitbestimmung zum Gegenstand von Tarifauseinandersetzungen zu machen, andererseits auch günstigere Ausgangsbedingungen für eine an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte gewerkschaftliche Tätigkeit und die Möglichkeit der Mobilisierung der Belegschaften im Kampf um die Durchsetzung von Mitbestimmungsforderungen herstellen kann, muß als der „rationale Kern" des entschiedenen Widerstandes der Arbeitgeber-Verbände, des CDU-Wirtschaftsausschusses und der FDP gegen eine solche gewerkschaftliche Präsenz betrachtet werden. Die entschiedene Ablehnung „jeder organisierten Interessenvertretung der Arbeitnehmer oberhalb der Ebene des Arbeitsplatzes und des Betriebes" reflektiert die Befürchtungen des Großkapitals vor einer organisierten Gegenmacht der Arbeiterklasse die mit einer Stärkung des Gewichts der antiintegrationistischen Kräfte innerhalb der Gewerkschaften verbunden sein könnte.

Auch der Vorschlag zur Integration der Vertretung der leitenden Angestellten in den Betriebsrat kann keineswegs als eine Konzeption angesehen werden, die zur Stärkung der Positionen der betrieblichen Interessenvertretung insgesamt führen muß. Ihrer gegenwärtigen Vertretung und Organisierung nach könnten die Vertreter der „Leitenden Angestellten" vielmehr als „trojanisches Pferd" der Unternehmerseite innerhalb der betrieblichen Interessenvertretung fungieren. Andererseits zielt der Vorschlag von CDU und BDA auf den Aufbau einer eigenständigen Interessenvertretung der „leitenden Angestellten", die als Puffer zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung stehen und im Falle von Realisierungschancen für paritätische Mitbestimmung hier als „dritte Kraft" das Stimmenverhältnis zugunsten der Anteilseigner verändern soll.

Der im Februar 1971 vorgelegte Regierungsentwurf bedeutet in den Grundzügen eine weitgehende Annäherung an die Vorstellun-

[11]) vgl. Handelsblatt v. 12./13. 2. 1971

Reihe PASSAGEN
Neu im Frühjahr '71

Jean Meynaud, Heiner Stück
Jutta Matzner, Robert Jungk:
Spekulationen über die Zukunft
Ca. 280 Seiten, DM 10,–

Heute ist die Technologie das Opium des gebildeten Publikums — oder zumindest das Opium der Lieblingsautoren dieses Publikums. Meynaud und seine Mitarbeiter kritisieren die einschlägige Literatur des Futurismus, sie untersuchen detailliert den gesellschaftlichen Stellenwert von Zukunftsforschung und die Möglichkeit auf Praxis bezogener Handlungsmöglichkeiten zur Errichtung wirklich „wünschbarer Zukünfte".

Hella Tiedemann-Bartels:
Versuch über das artistische Gedicht Baudelaire, Mallarmé, George
160 Seiten. DM 15,—

Viele reden jetzt so geläufig vom Künstler als Produzenten, ohne auf dessen Produktionsverhältnisse — und die bestimmen sich nicht allein durch den Ort, an dem sein Schreibtisch steht — zu reflektieren. Die Autorin zeigt, wie Lyrik, an die die Phrase vom elfenbeinernen Turm nicht heranreicht, gelesen werden muß.

Irmtraud Morgner:
Gauklerlegende Eine Spielfraungeschichte
116 Seiten, 6 Farbtafeln. DM 10,—
Die 37jährige Ostberliner Erzählerin ist nicht geneigt, die Sprache des weiblichen Körpers von Forderungen und Programmen sich übertäuben zu lassen.

Lenin über den Film Dokumente und Materialien
Herausgegeben v. Günther Dahlke und Lilli Kaufmann
320 Seiten. 79 Abbildungen
DM 16,—
Das Buch enthält Zeugnisse, die deutsch bisher nicht erschienen sind, und Lenin-Fotos aus alten Wochenschauen.

Rogner & Bernhard

gen von BDA und CDU/CSU, wobei sich der Arbeitgeberverband jedoch weiterhin als entschiedenerer Befürworter der Oppositionsvorlage repräsentierte [12]).

„Die Bundesvereinigung begrüßt es, daß beide Entwürfe, sowohl der der Regierung wie der der Opposition, von dem Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat ausgingen." Sie sei jedoch besorgt, daß der Regierungsentwurf diesen, von ihm selbst betonten Grundsatz abschwächen und die Rolle des Betriebsrates als Sachwalter der Interessen aller Arbeitnehmer des Betriebes durch eine Verwischung der Grenzen zwischen Betriebsratsamt und Gewerkschaftsfunktion in Gefahr bringen könne [13]).

Die prinzipielle Ambivalenz von Mitbestimmungspositionen in den klassenpolitischen Auseinandersetzungen wird besonders an der in den letzten Monaten vollzogenen taktischen Schwenkung der Unternehmerpositionen in der Frage der Mitbestimmung in Aufsichtsräten deutlich, welche lange Zeit — mit einer ideologisch überhöhten Gegenargumentation — von Seiten der Unternehmerverbände auf entschiedene Ablehnung gestoßen war. Demgegenüber kam das im Januar 1970 der Bundesregierung vorgelegte Gutachten der Mitbestimmungskommission unter Leitung des dem CDU-Wirtschaftstag nahestehenden ehemaligen Bochumer Rektors Kurt Biedenkopf zu einer insgesamt positiven Einschätzung der bisher praktizierten Montan-Mitbestimmung, als sie sich im Sinne einer reibungslosen Integration der Gewerkschafts- und Arbeitervertreter in den kapitalistischen Entscheidungsprozeß bewährt hat.[14])

Auch bei Ablehnung einzelner Empfehlungen enthielt die Studie doch nach Meinung der BDA „in vielfacher Weise zukunftsweisende Hinweise für die weitere Auseinandersetzung in der Mitbestimmung" [15]).

Die modifizierte Position auch der Kapitalvertreter, die bislang überbetrieblicher Mitbestimmung konsequent entgegengetreten waren, zeigt sich schließlich in der Annahme eines vom CDU-Wirtschaftstag unterstützten Mitbestimmungsmodells durch den Düsseldorfer CDU-Parteitag, das mit dem vorgesehenen Verhältnis „von Kapital und Arbeitnehmervertretern" von 7:5 Vertretern freilich jede „Gefahr einer Parität ausschließt" [16]).

Diese Entscheidung signalisiert, daß sich auch auf seiten des Monopolkapitals die Ansicht durchgesetzt hat, daß die integrativen Wirkungen einer Einbeziehung von „Vertretern der Arbeiterklasse" in die Organe der großen Kapitalgesellschaften in der Gesamtbewertung schwerer wiegen als die möglichen Gefahren, die durch eine solche Repräsentanz für das Funktionieren des monopolistischen Entscheidungsmechanismus auftreten können. Dabei beruht eine solche Einschätzung nicht nur auf der gegenwärtigen Situation in den Gewerkschaften, sondern auch auf der Tatsache, daß das kapitalkonforme Verhalten der Arbeiterbürokratie durch starke juristische Bindungen — in Form des Aktiengesetzes u. a. — abgesichert ist.

Wenn sich zwischen den Positionen der überarbeiteten Regierungsvorlage und der CDU/CSU noch taktische Differenzen feststellen lassen, sind sie primär in der Frage der Hebel der Integrationspolitik zu beobachten. Das betrifft vor allem die Rolle der Gewerkschaften, deren Integrationsfunktion von der SPD stärker gewichtet wird, als von CDU und Kapitalseite, nach denen es „bei der Mitbestimmung in erster Linie um den einzelnen Arbeitnehmer und die ihn unmittelbar berührenden Fragen geht" [17]), d. h. die eine „traditionelle" an die Methoden der „human relations" anknüpfende Konzeption der Domestikation der Arbeiterklasse durch ihre Trennung von der gewerkschaftlichen Organisation vertreten.

III.
Militärisch-Industrieller Komplex

Der Militarismus war von jeher eine besonders dem deutschen Imperialismus eigentümliche aggressive Erscheinungsform, die aus der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des imperialistischen Übergangs vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus resultierte.

[12]) vgl. Handelsblatt v. 14. 2. 1971
[13]) vgl. ebenda
[14]) vgl. „Welche Ziele verfolgen die Empfehlungen der Biedenkopf-Kommission?", Informationsbericht Nr. 4, IMSF (Hrsg.), Frankfurt 1970
[15]) vgl. ebenda
[16]) vgl. Handelsblatt v. 28. 1. 1971

Die Unterdrückungsapparatur Militär war konzipiert, um eine revolutionäre Arbeiterbewegung im Inneren niederzuhalten und die expansionistischen Ziele des deutschen Finanzkapitals um die Neuaufteilung der Welt materiell abzusichern. Die Entwicklung des Militarismus durchläuft, unter Beibehaltung dieser beiden generellen Ziele plus dem seit der Oktoberrevolution auf die Vernichtung des Sozialismus gerichteten Ziel, mehrere Phasen, deren erste die noch in Staatsbetrieben betriebene Rüstungsproduktion umfaßt, eine Aufgabe, die im imperialistischen Stadium des Kapitalismus zunehmend die Industrie übernimmt. Dabei spielen schon die, Anfang des 20. Jh. entstandenen neuen Industrien der Elektro- und Chemiebranche eine gewisse Rolle, wenn auch die Schwerindustrie die spezifische Waffen- und Materiallieferantin war.

Dabei ist zu beachten, daß eine permanente Hochrüstung nie durchgängig betrieben wurde. Die imperialistischen Staaten mobilisierten jeweils kurzfristig ihr aggressives Potential, wobei von einem allseits bekannten Destruktionsarsenal und dessen begrenzter Wirkung ausgegangen werden konnte. Diese quantitativ geringfügige und technologisch relativ innovationsträge militärische Ausstattung ließ die Durchsetzbarkeit aggressiver expansionistischer Ziele auch in einem Globalkrieg möglich erscheinen. Mit den — parallel zur industriellen Entwicklung verlaufenen — Durchgangsstadien von dem Manufaktur- über das Maschinenzeitalter des Krieges bis zur Epoche atomarer Kriegsproduktion, hat sich, mit zeitlicher und größenmäßiger Unterschiedlichkeit, in strategisch relevanten Ländern ein Bereich der kapitalistischen Ökonomie herausgebildet, der mit dem Begriff des Militärisch-Industriellen Komplexes bezeichnet wird. (MIK).

Der MIK beinhaltet eine spezifisch neue Qualität imperialistischer Aggression.

Er hat zur Voraussetzung die Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Zusammenhang mit dem Einsetzen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die enge Verflechtung und wechselseitige Beeinflussung von Staat und Wirtschaft, die staatlich organisierte industrielle Verwertbarkeit schwerpunktmäßig betriebener Forschung

Reihe „Wissenschaft und Weltbild"
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann Ley

Bisher sind erschienen:

HERBERT HÖRZ
Physik und Weltanschauung
Standpunkte der marxistischen Philosophie zur Entwicklung der Physik.
133 S., Anmerkungen, kart., DM 4,50

HUBERT LAITKO/WOLF-D. SPRUNG
Chemie und Weltanschauung
Standpunkte der marxistischen Philosophie zu einigen philosophischen Problemen der modernen Chemie.
157 S., Anmerkungen, kart., DM 4,50

HERMANN LEY
Technik und Weltanschauung
Einige philosophische Konsequenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution
132 Seiten, kart., DM 4,50

GEORG KLAUS / HEINZ LIEBSCHER
Was ist, was soll Kybernetik?
136 Seiten Text, 4 Seiten Bildtafeln mit 6 Fotos, 70 Zeichnungen im Text, Literaturhinweise, Sachwörterverzeichnis, geb., DM 5,80

PAUL THIRY D'HOLBACH
Religionskritische Schriften
Das entschleierte Christentum — Taschentheologie — Briefe an Eugénie. Hrsg. v. Manfred Naumann
576 S., Anmerkungen, Sach- und Personenregister, Leinen, DM 19,80

LENIN -
Mensch, Denker, Revolutionär
Drei Kapitel über Lenin
Aus dem Russischen.
335 Seiten mit 8 Farbtafeln, etwa 40 Schwarzweißfotos, Anmerkungen, Leinen, DM 10,80

HUBERT FREISTÜHLER VERLAG
5840 SCHWERTE 1, POSTFACH 1226

und Entwicklung, die Garantie der Profitrealisierung, — all diese Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus finden im MIK ihren konsequentesten und konzentriertesten Ausdruck. Was Marx in einer kurzen Notiz andeutete, gilt heute mehr denn je: „Krieg früher ausgebildet wie Frieden; Art, wie durch den Krieg und in den Armeen etc. gewisse ökonomische Verhältnisse wie Lohnarbeit, Maschinerie etc. früher entwickelt als im Innern der bürgerlichen Gesellschaft. Auch das Verhältnis von Produktivkraft und Verkehrsverhältnissen besonders anschaulich in der Armee" [18]).

Der Stand der hochgradig vergesellschafteten Produktivkräfte, der Grad der Innovations- und Kapitalintensität speziell der Kriegsökonomie, die wie in keinem anderen Produktionszweig von der politischen und militärisch-strategischen Lage und Entscheidung abhängig sind, die rasche Mobilisierbarkeit aller Ressourcen, — all dies erfordert den Einsatz des Staates als Garant der über die Macht der Einzelmonopole hinausgehenden Projektfinanzierung sowie der staatlich vermittelten internationalen Rüstungskooperation. Die Rüstung wird nicht mehr erstrangig als Produktion traditioneller Kriegsgüter betrieben, die wissenschaftlich-technischen Produktivkräfte verlangen einen hohen Kapitalaufwand für Forschung und Entwicklung, der Zeitraum von der Planung, Projektierung, über die Forschung bis zur industriemäßigen Entwicklung und schließlich Herstellung der Destruktivkräfte muß vom Staat finanziell abgesichert sein. Allein die Gefahr des moralischen Verschleißes der Kriegsprodukte verdeutlicht die Notwendigkeit der permanenten staatlichen Profitabsicherung.

Ein großer Teil der für die Wachstumsbedingungen und Akkumulationschancen des Kapitals unerläßlichen Produktivkräfte werden über die Kriegsforschung geschaffen. Der Staat mobilisiert über die Umverteilung des Nationaleinkommens das für die Schwerpunktprogramme zur Erforschung neuer Destruktivkräfte erforderliche Kapital und stellt teils die Forschungskapazitäten, vollkommen aber deren Ergebnisse der privaten Kapitalverwertung zur Verfügung. Die sekundär-technologische Nutzung militärischer Forschungsergebnisse eröffnen den Konzernen enorme Profitchancen. Vom Standpunkt des einzelnen Monopolkapitals bedeutet militärische Forschung und Entwicklung, die ja meist nur einem Monopol oder sehr wenigen durch das Prinzip des Hauptauftragnehmers, der gezielten zentralen staatlichen Auftragsvergabe zugute kommt, eine Erweiterung seines Produktionsverhältnisses, der Macht des Monopols. Forcierte Entfaltung der Produktiv- bzw. Destruktivkräfte, andererseits deren Anpassung an die durch den Staat und vom Staat geförderten — besonders in den 60er Jahren vorangeschrittenen Konzentration und Zentralisation der Produktion und der Kapitale, d. h. die Erweiterung der Produktionsverhältnisse —; das ist ein Prozeß staatsmonopolistischer Formierung, Regulierung und Steuerung gesellschaftlicher Ressourcen, dessen Bedeutung zwar über den MIK hinausgeht, in ihm aber wohl am plastischsten darstellbar ist. Das Problem des Umfangs und der Eingrenzung des MIK ist nicht einfach dadurch zu lösen, daß die Staatsausgaben für die Kriegsmaschinerie herangezogen werden oder deren regionale Machtballung etwa im Raum Bayern benannt wird (obwohl der Vergleich zwischen Bayern und der Strauß'schen CSU einerseits und etwa Kalifornien und dessen Gouverneur Reagan andererseits die Zusammenhänge militärischer Machtkonzentration und reaktionärer bis faschistischer Machtausübung verdeutlichen kann).

Der MIK ist eben deswegen die kombinierte Erscheinung von Parasitismus und Aggressivität, weil er sich a) vornehmlich auf die Monopole unter den Kapitalagenturen stützt, b) unter diesen immer stärker insbesondere die forschungsabhängigen, wachstumsintensiven Industriezweigmonopole erfaßt, c) aber nahezu alle Produktionszweige umschließt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Sicher gibt es speziell in der Luftfahrt- und Werftindustrie Konzerne, die zu 80 bis 90 Prozent direkt von der Rüstung abhängig sind, die infolgedessen auch einer spezifisch aggressiven Variante politisch-ideologischer Legitimation und ökonomischer, vom Staat garantierter Rückversicherung bedürfen; generell nimmt gegenwärtig jedoch der Anteil der eigentlichen Rüstung etwa in den elektrotechnischen und Chemiekonzernen sich relativ bescheiden aus.

Die Bedeutung dieses — bei quantitativer Betrachtungsweise — gering zu veranschlagenden Teils der Kriegsökonomie wächst jedoch bei näherer Betrachtung in dem Maße, wie die ziviltechnologische Verwertung militärischer Forschung die günstigen, über die gängigen Monopolprofite hinausgehenden staatlich garantierten Extraprofite und die Chancen des Vordringens auf dem Internationalen Rüstungsmarkt, der die von einem Nationalstaat leistbare Kapitalmobilisierung durch Kooperationsverträge bei weitem übersteigen kann, gewährleistet.

Das Militär muß, ungeachtet aller strategischen Um- und Neuformulierung, will es ein schlagkräftiges Aggressionsinstrument bleiben, wie die sog. Zivilindustrie auch Bereiche außerhalb der unmittelbaren Produktion in wachsendem Maße berücksichtigen.

Die soziale und technische Infrastruktur gehören ebenso zu den Bedingungen der Stabilisierung der Profitrate, wie sie unmittelbar nutzbar gemacht werden können für die Generalmobilisierung des gesamten imperialistischen Gewaltapparates. Die wachsende Identität der angewandten Technologien von Zivil- und Kriegsindustrie, die Angleichung subtiler Organisations- und Herrschaftsmuster moderner Großunternehmen und der Militärapparaturen sowie die Interessenidendität in bezug auf die vom Staat vermittelten gemeinsamen Voraussetzungen der Produktion erschweren eine eindeutig zu benennnende Abgrenzung des MIK von der übrigen Industrie und veranschaulichen die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution unter staatsmonopolistischen Herrschaftsverhältnissen bruchlos ermöglichte Transformation ziviler in unmittelbare Kriegsproduktion.

Die politische Legitimationsbasis hierzu liefert bei akuter Verschärfung des Inneren Klassenkampfes die Notstandsgesetzgebung. Die ideologische Basis muß trotz zunehmender Interpretationsschwierigkeiten gegen das Prinzip der friedlichen Koexistenz, gegen Gewaltverzichtverträge und die Praxis der sozialistischen Staatenge-

[18]) K. Marx, Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 13, S. 639

Die Deutsche Volkszeitung steht links.

Die Deutsche Volkszeitung ist kritisch — und konstruktiv.

Die Deutsche Volkszeitung kämpft auf der Seite des demokratischen Fortschritts.

Sie müssen sie kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

meinschaft durchgehalten werden. Promotor dieser Fronde gegen Zerfallserscheinungen imperialistischer Gewaltstrategie ist zweifellos die mit der rüstungsabhängigen Luft- und Raumfahrtindustrie Bayerns liierte CSU.

Unter der Schirmherrschaft des Nato-Drohsystems ist der westdeutsche Militarismus neu entstanden; über die Ausweitung der EWG zur Wirtschafts- und Währungsunion versuchen in relativ einheitlicher Zielsetzung Staat, Monopole, Militär und Rüstungsindustrie, zum einen den verschärften Widerspruch zwischen Produktion und Markt zu lösen, zum anderen die teilweise zur Entwicklung von Produktiv- bzw. Destruktivkräften nötigen, jedoch von Einzelstaaten nicht mehr aufzubringenden Kapitalmassen kooperativ zu mobilisieren und dabei gleichzeitig ihre ökonomischen und militärischen Herrschaftsziele sowohl innerhalb des imperialistischen Lagers als auch mittels dieses Lagers bei dominierender westdeutscher Strategiebestimmung gegen das sozialistische Lager durchzusetzen.

Folgende Beispiele mögen diese Konzeption veranschaulichen:

Das zur Zeit größte Luftrüstungsprojekt Westeuropas ist der gemeinschaftliche Bau des Mehrkampfflugzeuges MRCA 75 (auch als Atombombenträger geeignet), das gegenwärtig von Westdeutschland, Großbritannien und Italien geplant wird und seriell hergestellt werden soll. In dem am 14. 5. 1969 unterzeichneten Abkommen verpflichteten sich die beteiligten Länder zu einer bestimmten Abnahmequote: BRD 420, GB 400, Italien 100. Das gesamte Projekt wird insgesamt Aufwendungen von rund 25 Milliarden DM erfordern. „Alarmierend ist nicht nur die Tatsache, daß Westdeutschland den größten Produktionsanteil bestreitet (42,5 Prozent), sondern vor allem, daß es sich auch die Systemführung dieses Projekts gesichert hat. Die Gesellschaft zur Leitung und Koordinierung des Gesamtvorhabens (Panavia GmbH) ist in München etabliert, und als ihr Geschäftsführer fungiert Gero Madelung vom Messerschmidt-Bölkow-Blohm-Konzern“ [19]). Dazu der Bayern-Kurier: „Mit dem europäischen Industrieverbund Panavia Aircraft GmbH in München ... hat die deutsche Luftfahrtindustrie ... eine entscheidende Plattform für ihre zukünftige aktiv zu gestaltende Rolle in der europäischen Luft- und Raumfahrt überhaupt gefunden“ [20]).

Große Bedeutung hat auch die Errichtung eines von Norwegen bis zur Türkei reichenden Frühwarn- und Waffenleitsystems im Gesamtwert von 1,12 Mill. DM. Auch hier hat sich eine westdeutsche Unternehmung den größten europäischen Anteil, und den zweitgrößten insgesamt, gesichert (20 Prozent nach den USA mit 30,9 Prozent). Gleichzeitig erhält die AEG-Telefunken, um die es sich hier handelt, auf diese Weise zum erstenmal Zugang zu allen technischen Details eines Waffenleitsystems.

„Der an diesem Projekt nicht beteiligten Standard Electric Lorenz AG sind im vergangenen Jahr (1969) als Hauptauftragnehmer vom Hauptquartier der NATO die gesamte Systemplanung und das Management für ein auf 100 Mill. DM beziffertes Satellitenfunknetz der Nato mit insgesamt 12 Bodenstationen in 12 NATO-Ländern übertragen worden“ [21]).

Zum größten westeuropäischen Panzerhersteller wurde der Flick-Konzern, der mit seinem Kampfpanzer „Leopard“ britische und amerikanische Konkurrenten aus dem Wege schlagen konnte und bisher lieferte (bzw. wurden bestellt):

Bundeswehr	1845
Norwegen	78
Holland	451
Belgien	334
Spanien	200
Italien	800 [22])

Wichtig und interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem, daß es den westdeutschen Monopolen mehr und mehr gelingt, den bisher größten Lieferanten für Rüstungsmaterial, die Vereinigten Staaten, zurückzudrängen und zum alleinigen Beherrscher des westeuropäischen Rüstungsmarkts aufzusteigen.

[19]) DWI-Berichte 10/1970, S. 16

[20]) Bayernkurier v. 2. 1. 1971
[21]) DWI-Berichte, a.a.O., S. 16
[22]) a.a.O., S. 17

IV.
Außenpolitik

Aufgrund der besonderen Bedingungen seiner Entwicklung war die Expansionspolitik des deutschen Imperialismus seit seiner Herausbildung in erster Linie Europapolitik, das Streben des deutschen Imperialismus nach Annexionen und Hegemonie in Ost- und Westeuropa fand seinen Höhepunkt in den beiden von Deutschland angezettelten Weltkriegen.

Zwar läßt sich bezüglich der Europa-Konzeption der westdeutschen Monopolvertreter eine gewisse strategische Kontinuität von Bethmann-Hollweg, Rathenau, Stresemann und Hitler bis Strauß feststellen, gleichwohl haben sich nach dem 2. Weltkrieg mit der Entstehung des sozialistischen Weltsystems und der Entwicklung der USA zur imperialistischen Führungsmacht für das Westdeutsche Kapital neue Bedingungen ergeben, unter denen der imperialistische Hegemonieanspruch in Europa nur relativ verdeckt vorgetragen werden kann.

Der Konkurrenz-Kampf um die Erweiterung und Sicherung von Einflußsphären wird aufgrund der Vorrangigkeit der gemeinsamen antikommunistischen Zielsetzung der imperialistischen Staaten weitgehend innerhalb der multinationalen Wirtschafts- und Militärbündnisse geführt, vor allem in der EWG und in der NATO.

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen bestehen enge Wechselbeziehungen zwischen den gemeinsamen Interessen des imperialistischen Weltsystems, die auf seine Erhaltung und die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus gerichtet sind, und den Interessen der einzelnen Staaten und Kräftegruppierungen an der Erreichung ihrer spezifischen Ziele. Für den westdeutschen Imperialismus ergibt sich daraus die Folgerung, daß er den Versuch, den durch seine Niederlage im 2. Weltkrieg verlorengegangenen Einfluß wiederzugewinnen, nur mit Hilfe einer Politik unternehmen kann, die einerseits seinen besonderen Interessen dient, andererseits aber auch den gemeinsamen Interessen der imperialistischen Länder Rechnung trägt.“ [23])

[23]) Autorenkoll., Spätkapitalismus ohne Perspektive, Frankfurt 1970, S. 35

Verlag KOMMUNIST

63 GIESSEN, BAHNHOFSTR. 71

REPRINT-AUSGABEN VERGRIFFENER WERKE

REIHE: KPD-PARTEITAGSMATERIALIEN

Band 1:
Bericht über den Gründungsparteitag der KPD 1918-19, 56 S. 2,50 DM

Band 2:
Bericht über den 2. Parteitag der KPD 1919, 68 S. 2,50 DM

Band 3:
Bericht über den 3. Parteitag der KPD 1920, 90 S. 2,50 DM

Band 4:
Bericht über den 4. Parteitag der KPD 1920, 110 S. 3,— DM

REIHE: POLITISCHE ÖKONOMIE

Band 1:
entstand, Berlin-DDR 1968, 493 S. 12,— DM

Band 2:
Einführung in das Studium der politischen Ökonomie, (Kapital, 1. Band), FDGB 1950, 74 S. 2,50 DM

BEI BESTELLUNGEN AB 10 EX. 30 % RABATT

Dementsprechend verstärkte die Bonner Regierung ihre Expansion in drei Richtungen, um seine spezifischen militärischen, politischen und ökonomischen Ziele durchzusetzen. Zum einen und hauptsächlich nach Westeuropa „unter Ausnutzung des Integrationsprozesses", zum anderen gegen die sozialistischen Länder „mit Mitteln der sog. indirekten Aggression, der psychologischen Kriegsführung und des ökonomischen Drucks" und in die Entwicklungsländer durch seine „neokolonialistische Politik". [24])

Die Anlehnung an die imperialistische Strategie der USA, die gleichzeitige westeuropäische Integration unter Führung der BRD und die aggressive Strategie gegenüber den sozialistischen Staaten stellen die grundlegenden Elemente der Bonner Außenpolitik dar, die in der Strauß'schen Europa-Konzeption zu einem strategischen Gesamtplan zusammengefaßt sind.

„Die Ost-West-Spannung im europäischen Raum können wir nicht jenen Weltmächten überlassen, die die Demarkationslinie von Jalta gezogen haben. Wir suchen und wollen die Entspannung, die Sicherheit und den Frieden. Aber wir wissen, daß wir dieses alles nicht auf der Grundlage eines Status quo der Zerrissenheit unseres Kontinents und der deutschen Spaltung finden werden. Europäische Politik darf daher nicht länger mehr eine Funktion der amerikanischen Sicherheitspolitik bleiben, die von einer anderen Interessenlage als der unseren bestimmt wird. Europäische Politik muß gleichzeitig so gestaltet werden, daß die Einflüsse der sowjetischen Politik auf das Schicksal unserer Völker zurückgedrängt werden und daß sie ihre Wirkungskraft einbüßen. Erst mit einer geschlossenen politischen Konzeption, die uns ein zielbewußtes Spiel mit verteilten Rollen gestattet, kommen wir Europäer in die Lage, auf eine Auflockerung gegenüber dem Osten hinzuarbeiten. Westeuropa muß weiter darin vorangehen, die Selbständigkeit der europäischen Völkerfamilie durchzusetzen. Westeuropa muß das Modell einer Unbhängigkeits- und Selbstbehauptungspolitik erstellen, das seine Faszination und Attraktivität auf die Völker Osteuropas ausübt, damit deren nationales Selbstbestimmungsbestreben in den Willen zur großen politischen Einheit Gesamteuropas einmünden kann." [25])

Geographisch und kulturhistorisch mag Europa vom Atlantik bis zum Ural reichen; für jeden aber, der die geschichtlichen Veränderungen dieses Jahrhunderts wahrzunehmen bereit ist (sic!), kann Europa als politischer Begriff und als politische Möglichkeit über die heutige westliche Staatsgrenze der Sowjetunion nicht hinauslangen." [26])

Differenzen in der Ostpolitik?

Die Ablösung von Adenauers „Politik der Stärke" durch die sogenannte „Neue Ostpolitik" der SPD bedeutete eine Anlehnung an die von Kennedy praktizierte „Strategie des Friedens", mit deren Hilfe die „Eigenständigkeit" der osteuropäischen Staaten gestützt werden [27]) und so ein friedlicher Wandel, eine sich „schrittweise vollziehende Evolution" in den Ostblockstaaten vorangetrieben werden soll. Diese neue politische Konzeption beinhaltete keine grundsätzliche Änderung der Strategie im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern, sondern lediglich eine taktisch geschmeidigere und rafiniertere Variante der alten Politik der Nichtanerkennung des realen Sozialismus, dieses Mal mit Hilfe der „Transformation" und des Versuches der Aufweichung der sozialistischen Ordnung. Es ist bezeichnend, daß in diesem Zusammenhang Konvergenztheorien größere Bedeutung in der Öffentlichkeit erlangten. Die Konzeption der „Neuen Ostpolitik" ist allerdings nicht genuin sozialdemokratischer Herkunft, sondern wurde schon während der Adenauer-Ära in der CDU vertreten. „Dabei hat der Begriff ‚Neue Ostpolitik' weder vom Inhalt her noch vom chronologischen Sinn seine Berechtigung; es sei denn, man läßt politisch fragwürdige Kriterien, wie Lippenbekenntnisse und Gestik gelten. Die Taktik, Ost-West-Kontakte für ideologische Unterwanderung und ökonomische Korrumpierung und Abspaltung einzelner sozialistischer Länder zu verstärken, ist bereits zum Ende der Adenauer-Ära konzipiert worden, als das

[24]) vgl. a.a.O.,

[25]) F. J. Strauß, Herausforderung und Antwort, Ein Programm für Europa, S. 128
[26]) a.a.O., S. 126
[27]) vgl. Vorwärts v. 22. 1. 1965

Dilemma der offen aggressiven Ostpolitik immer deutlicher zutage getreten war. Der Anspruch der SPD-Führung, wesentlicher Initiator und Träger der ‚Neuen Ostpolitik' in der ‚Großen Koalition' zu sein, enthüllt nur ihre eigentliche Dienstleistungsfunktion im Konzept des westdeutschen Imperialismus . . . ". [28])

Im Zusammenhang der veränderten Ostpolitik müssen die Bestrebungen der Industrie zum verstärkten Ost-West-Handel gesehen werden. Ein 1958 abgeschlossener Handelsvertrag wurde 1963 durch ein von Adenauer verhängtes Röhren-Embargo im Rahmen des Konflikts um den politischen Status von West-Berlin boykottiert, so daß der Ost-West-Handel erlahmte. Diese Politik kollidierte allerdings mit den Interessen großer Teile der Industrie nach Ausdehnung der Absatzmärkte im Osten, zumal schon die Geschichte des Ost-West-Handels in der Weimarer Republik gezeigt hatte, daß ab 1924/25 verstärkter Handel mit der Sowjetunion zur Milderung und Herauszögerung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland beigetragen hatte [29]).

Die Forderung der Industrie nach Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit der Sowjetunion und damit Verstärkung des Ost-West-Handels — z. Z. beträgt der Anteil des gesamten Osthandels nur 4 Prozent des westdeutschen Außenhandels — müßte allerdings durch ein verändertes politisches Klima begünstigt werden. „Im Rahmen der west-östlichen Beziehungen wird diese Frage (des intensivierten Ost-Handels, d. Verf.) zu einem Politikum. Industrielle Kooperationen, die einmal begonnen, nicht kurzerhand wieder abgebrochen werden können, brauchen daher eine gesicherte und dauerhafte politische Grundlage. Aus diesem Grunde ist das Bestehen handelsvertraglich geregelter Beziehungen eine unerläßliche Voraussetzung für die Aktivität kooperationsbereiter privater Firmen." [30])

O. W. v. Amerongen, Sprecher des DIHT zum Moskauer Vertrag: „Im deutsch-sowjetischen Handel stecken noch viele Reserven. Der in Moskau unterzeichnete Vertrag kann neuen Anstoß geben . . . Wir brauchen einen Schub von der politischen Seite, weil dann auch wirtschaftlich vielmehr getan werden könnte." [31])

Diejenigen Konzerne, die auf eine Ausweitung des Ost-West-Handels drängen, sind vornehmlich jenen Monopolgruppen zuzurechnen, die gemeinhin als dem „Rechtskartell" aggregiert galten: „Exponenten der Export- und Wachstumsindustrien, die durch das Wirken von Strauß in den Regierungen Adenauer und Kiesinger erheblich profitiert haben. Diese Gruppe reicht von Flick über Quandt, Bölkow, Messerschmitt bis Siemens und schließt Teile der stahlverarbeitenden Industrie an Rhein und Ruhr sowie der Großchemie ein. Dazu kamen entsprechende Bankverbindungen und nicht zuletzt der expansionsträchtige A. C. Springer". [32])

Das Handelsblatt zählt zu den am Ost-Handel interessierten Konzernen: Mannesmann, Phoenix-Rheinrohr, Hütten- und Bergwerke AG Salzgitter, Klöckner, BASF, Hoechst, Bayer, Metallgesellschaft Krupp, Kieler Howaldtswerke, BMA, Degussa, Siemens, Gutehoffnungshütte u. a. [33]); dazuzufügen wären Daimler-Benz und Thyssen. Diese Gruppen überschneiden sich zum großen Teil mit denen des „militärisch-industriellen Komplexes". Das Dilemma, in das die Rüstungsindustrien durch den Abschluß des Moskauer Vertrages hineingezogen werden — friedensfördernder Vertrag einerseits, aggressive Rüstungsinteressen andererseits —, kommt auf heuchlerische Weise beim rüstungsorientierten Manager von Krupp, B. Beitz, zum Ausdruck: „er halte langfristige wirtschaftliche Beziehungen für einen besseren Schutz als militärische Maßnahmen und eine bessere Osthandelskreditierung immer noch für billiger . . . , als vor lauter Russenangst das Geld in irgendeinen militärischen Plunder zu stecken, der uns dann doch nicht schützt." [34])

Die Stimmen in der Industrie, die sich gegen den Moskauer Vertrag und verstärkten Ost-Handel wenden, rühren nicht aus Branchen, die kein Interesse am Ost-Handel haben, sondern aus denjenigen aggressiv antisowjetischen Kreisen, die quer durch die

[28]) Spätkapitalismus . . . , a.a.O., S. 268
[29]) vgl. Handelsblatt v. 14./15. 8. 1970
[30]) FAZ v. 19. 1. 1970

[31]) Handelsblatt v. 14./15. 8. 1970
[32]) Vorwärts v. 26. 3. 1970
[33]) vgl. Handelsblatt v. 14./15. 8. 1970
[34]) Stern, Nr. 35/1970, S. 149

gesamte Großindustrie gehen, und haben damit mehr innenpolitisch-taktische Motivationen als unmittelbar ökonomische Interessen zur Grundlage. Gefürchtet werden darüber hinaus mögliche Abhängigkeit von der Sowjetunion, ideologische Aufweichung des Westens durch Entspannung und Anerkennung der DDR, Reduzierung der Rüstungsausgaben etc. Eine drastische Beschreibung dieser Gefahr findet sich im Handelsblatt: „Der Gedanke (könnte, d. Verf.) um sich greifen: da schließen diese beiden Mächte einen Vertrag, der ausdrücklich die Anwendung von Gewalt und auch schon die Drohung mit ihr ächtet; was sollen da noch Truppen und ein hoher Rüstungsstand? ... Man kann da nicht früh genug Barrieren errichten." [35])

Eine mögliche Abhängigkeit von der Sowietunion wird vor allem durch die Notwendigkeit langfristiger Kredite an die sozialistischen Staaten — ohne die intensivierter Osthandel nicht stattfinden kann — gefürchtet. So bemerkt der Ökonom Haberler zum Problem von 20jährigen Handelskrediten: „Man weiß nicht, was in 20 Jahren passieren wird. Bisher waren die Russen formell sehr gute Schuldner, sie haben immer bezahlt. Aber wenn sie große Kredite bekommen und sich dann später vielleicht die politische Situation ändert, so können sie politischen Druck ausüben ... Ich sehe nicht ein, warum wir den Kommunismus noch finanziell subventionieren sollen." [36])

Der BDI meldet ebenfalls starke Bedenken an. Die „Neue Züricher Zeitung" bemerkt über den Jahresbericht des BDI: „Unüberhört spricht daraus die Sorge, daß in einem Kompromiß (mit den sozialistischen Ländern, d. Verf.) ... die westlichen Interessen nicht genügend berücksichtigt werden könnten." [37])

Es kann also in der ostpolitischen Konzeption kein Gegensatz zweier Monopolgruppen festgestellt werden, wobei die eine Gruppe den Ost-Handel-Interessenten und die andere dem Militärisch-Industriellen-Komplex zuzuordnen wäre. Ebensowenig kann die sich zuspitzende Polarisierung zwischen den Parteien der Monopolbourgeoisie durch die unterschiedliche ökonomische Interessenlage dieser beiden Monopolgruppen begründet werden, wie G. Matthiessen — wenn auch mit Einschränkungen — behauptet [38]). Vielmehr ist Bredthauer zuzustimmen: „In der Großindustrie zeigen sich deutlich Interessenkonflikte. Sie verlaufen verschiedentlich mitten durch die großen Konzerne. So ist Siemens u. a. Großverdiener in Rüstungselektronik u. Militärflugzeugbau, aber Siemens möchte EDV-Anlagen an den Osten verkaufen. Krupp produziert u. a. für die Bundesluftwaffe." [39]) Dabei läßt sich konstatieren, daß durch Konzentration und Zentralisation des Kapitals und zunehmende Abhängigkeit von staatlicher Einflußnahme die industrielle Verflechtung — nicht zuletzt auch auf Grund neuartiger Formen der Konzentration, etwa der „diagonalen Konzentration" — soweit fortgeschritten ist, daß die These der Zuordnung von miteinander verflochtenen Monopolen zu relativ homogenen wirtschaftspolitischen Interessengruppen nicht haltbar ist.

V.

Entwicklungshilfe und Kapitalexport

1. Entwicklungshilfe

Die verschiedenen entwicklungspolitischen Maßnahmen der Bonner Regierung auf ideologischem, politischem, militärischem und ökonomischem Gebiet sind zu einem einheitlichen Komplex zusammengefaßt, mit dem Ziel, die Entwicklungsländer (EL) politisch dem imperialistischen Weltsystem zu integrieren und somit einen möglichen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu verhindern; ökonomisch Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären zu sichern. Bis zur Bildung der Großen Koalition und während der Regierungszeit der CDU/SPD war die westdeutsche Entwicklungspolitik dadurch gekennzeichnet, daß das „Motiv der Profitmaximierung besonders stark mit seinem spezifischen politischen Hauptanliegen kollidierte, nämlich auch gegenüber den Entwicklungsländern

[35]) Handelsblatt v. 14./15. 8. 1970
[36]) Der Volkswirt v. 18. 9. 1970
[37]) NZZ v. 26. 8. 1970
[38]) vgl. FACIT, Nr. 22/23, S. 12
[39]) Karl D. Bredthauer, Ein neues Kapitel aufschlagen. Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrages, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9/1970, S. 904

den Versuch zu machen, die DDR international zu isolieren, um in den EL die Durchsetzung der Hallstein-Doktrin zu sichern." [40]) Aufgrund dieser spezifischen politischen Forderungen war es dem westdeutschen Imperialismus unmöglich, seine Entwicklungspolitik auf bestimmte Länder und Schwerpunkte zu konzentrieren und sie somit ‚effektiver' zu machen, im Gegenteil, er mußte seine Politik praktisch auf alle EL richten, um die antikommunistischen Forderungen international durchsetzen zu können.

Unter der SPD/FDP-Regierung hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Eppler, die Entwicklungspolitik revidiert und die Zielvorstellungen neu formuliert. Diese Vorschläge lassen erkennen, „daß die deutsche Entwicklungspolitik in Zukunft noch stärker als bisher mit den internationalen Organisationen und den Hilfe empfangenden Ländern auf deren Bedürfnisse abgestimmt werden soll. Die Vielzahl isolierter Einzelprojekte soll zu länderbezogenen Programmen zusammengefaßt werden, mit deren Hilfe sich die Anstrengungen von Industrie- und Entwicklungsländern besser koordinieren lassen." [41]) „Effizienz" — und nicht politischer Effekt — soll zum Maßstab der Entwicklungspolitik werden, denn „Entwicklungspolitik ist langfristig angelegt und kann daher nicht tagespolitischen Gesichtspunkten untergeordnet werden." [42]) In zunehmendem Maße versucht die SPD/FDP-Regierung dilletantische Maßnahmen, wie das sog. „Gießkannenprinzip" durch technokratisch-planerische Konzeptionen zu ersetzen. Planung, Koordination und Lenkung der Entwicklung in Ländern der 3. Welt heißt zum einen Verbesserung der Infrastruktur, um allgemein technische Voraussetzungen für die Industrialisierung und für rentable Investitionen zu schaffen, zum anderen kontrollierte Förderung der Ausbildungssektoren zur Entwicklung einer der kap. Industrialisierung angepaßten Ideologie und Qualifikationsstruktur; in erster Linie also Maßnahmen, die günstige Bedingungen der Kapitalverwertung schaffen und der Profitorientierung des Privatkapitals Rechnung tragen. Während diese Aufgaben hauptsächlich durch staatliche Entwicklungshilfe geleistet werden, wird die Privatindustrie in verstärktem Maße ermuntert „Projekt- und Kapitalhilfe" zu intensivieren — „abgesichert durch großzügige staatliche Steuerermäßigungen und Risikobürgschaften." [43])

Innerhalb des Instrumentariums von entwicklungspolitischen Maßnahmen wie Kapitalhilfe, technische Hilfe und Bildungshilfe kommt den privaten Direktinvestitionen die Schlüsselposition zu, denn „der private Kapitalexport der Monopole, insbesondere die Direktinvestitionen, werden selbst als wirksamste Mittel zur Entwicklung einer kapitalistischen sozialökonomischen Struktur und zur ökonomischen Bindung der Entwicklungsländer an den Imperialismus angesehen." [44])

Dementsprechend erhöhte sich bereits von 1967 auf 68 die Entwicklungshilfe um 44 Prozent. Der Zuwachs geht fast ausschließlich auf den privaten Kapitalexport zurück, der sich aus Exportkrediten, Direktinvestitionen und Weltbankkrediten, die in der BRD aufgenommen wurden, zusammensetzte. Diese Entwicklung hielt auch in den folgenden Jahren an; 1969 stagnierten die öffentlichen Mittel (2,222 Mrd. DM), während aus privaten Quellen mehr als zwei Drittel der Gesamtmittel (6,47 Mrd. DM) flossen.[45]) So sehr die Monopolbourgeoisie der private Kapitalexport zur Sicherung politischer und ökonomischer Einflußsphären interessiert, bleiben doch die konkreten Bedingungen der Profitproduktion maßgebend für die Investitionstätigkeit der einzelnen Konzerne. Diese werden im wesentlichen durch drei Komponenten bestimmt: a) „von den für die Erweiterung des Marktes maßgeblichen ökonomischen Gegebenheiten und Erwartungen, — b) von den in den Zielländern, — c) von den in Westdeutschland selbst wirkenden wirtschafts- und allgemeinpolitischen Faktoren." [46])

[40]) Spätkapitalismus ..., a.a.O., S. 40
[41]) FAZ v. 12. 2. 1971
[42]) vgl. FR v. 26. 4. 1969
[43]) vgl. Danckwerts u. a., Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, Frankfurt 1970, S. 75
[44]) Katja Nehls, Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt, 1970, S. 128
[45]) vgl. Handelsblatt v. 28. 4. 1970
[46]) DWI-Berichte 6/1970, S. 26

Die Vorteile der privaten industriellen Direktinvestitionen sind offensichtlich. „Abgesehen von den Vergünstigungen, die beim Kapitalexport einsetzen, können marktbezogene, aber auch rohstofforientierte Standortvorteile ausgenutzt werden, lassen sich die Kostenvorteile einer Produktion mit billigen Arbeitskräften verwerten und vor allem auch die Vergünstigungen einlösen, die in Ländern der Dritten Welt — teilweise auf Druck der Industrieländer — zur Förderung von Industrieansiedlungen geboten werden. Dazu gehören Steuervergünstigungen ebenso wie Vereinbarungen über Kapitaltransfer, zinsgünstige Kredite, sowie die vielfach recht hohen Schutzzollabsicherungen der Produktion gegen ausländische Konkurrenz." [47])

Doch trotz günstiger Verwertungsbedingungen entfallen nur etwa 30 Prozent aller westdeutschen Direktinvestitionen auf EL, der Hauptanteil wird in kapitalistische Industriestaaten exportiert. Ein herausragender Komplex spezifisch hemmender Faktoren wird mit dem Begriff „politisches Risiko" und „Investitionsklima" umschrieben. Wenn nicht bestimmte „wirtschaftspolitische Erfordernisse" erfüllt sind, wie z. B. „politische und rechtliche Stabilität", ein „Mindestmaß von interner Marktwirtschaft, weltoffener Handelspolitik und Bewegungsfreiheit der Kapitalerträgnisse über die Landesgrenzen hinweg" ist die Investition ausländischen privaten Kapitals von vornherein als aussichtslos zu bezeichnen. [48])

Gerade diesen Anforderungen entsprechen die Lateinamerikanischen Länder am ehesten; der Schwerpunkt westdeutscher Entwicklungshilfe liegt daher in Mexico, Brasilien und Argentinien. Im ersten Halbjahr 69 stiegen die westdeutschen Kapitalinvestitionen in Mexico um 13 auf 213 Mill. DM, in Argentinien um 38 auf 407 Mill. DM und in Brasilien um 51 Mill. auf 1,24 Mrd. DM. [49])

Die besser entwickelte Infrastruktur, der Reichtum an Rohstoffen und höhere Absatzchancen auf dem Binnenmarkt bestimmen die Investitionsneigungen der westdeutschen Monopole. Die Auswirkungen dieser sog. Entwicklungshilfepolitik auf die Entwicklungsländer selber hat Dieter Boris folgendermaßen skizziert:

„Außerordentlich hohe Profite, Monopolisierung ganzer Marktwirtschaften, Konzentration auf besonders profitable Branchen — Investitionen, die nur im geographischen Sinne Auslandsinvestitionen sind, sonst aber in ihrer Funktion und Nützlichkeit eine Komplementärinvestition zur eigenen entwickelten Industrie darstellen — der damit bedingte „unbalanced growth" der Volkswirtschaften, eine weitgehende Fortsetzung der alten monokulturellen, wachstumshemmenden Wirtschaftsverfassung, die starke Abhängigkeit von Schwankungen auf dem Weltmarkt, die beide eine Fortentwicklung der Gesamtwirtschaft auf ein höheres Niveau geradezu unmöglich machen, indirekte Dekapitalisierung durch Devisenabfluß von durch Reinvestitionen erwirtschafteten Gewinnen, anti-zyklische Kapitalabzüge in den leichtesten Krisenperioden — dies alles sind Elemente ausländischer privater Kapitaltransaktionen, die mehr oder minder strukturbedingt sind und die nach wie vor zu den wesentlichsten Barrieren für eine wirtschaftliche und soziale Verbesserung der Lage der Entwicklungsländer zählen." [50])

Diese Disproportionen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stellen heute ein wesentliches Hemmnis für die Verwertungsbedingungen der Monopole dar, vor allem weil sie der Ausweitung der Kapitalanlagesphären in den EL Schranken setzen. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordert eine Ausdehnung der Kapitalanlagesphären eine beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte der ökonomisch schwach entwickelten Länder, denn „die Ausbeutung der kolonialen und abhängigen Länder durch extensive Methoden, die auf der Ausnutzung ihres niedrigen sozialökonomischen Entwicklungsstandes basierten und mit hoher Profitrate, aber geringer Profitmasse verbunden waren, genügen nicht mehr dem Akkumulationsbedürfnis der Monopole." [51])

Franz Josef Strauß schrieb dazu: „Wir sollten den ärmeren Ländern helfen, die Produkte der Gegenwartstechnik herzustellen, und sollten bei uns ... schon die Produkte der Zukunftstechnik herzustellen beginnen, zumindest mit ihrer Erforschung und Entwicklung beginnen. Deshalb sollen wir es den Entwicklungsländern ermöglichen, nicht an unserer Stelle, aber mit uns gemeinsam Fernsehapparate, Radioapparate, Küchenmaschinen, Automobile usw. herzustellen, weil wir morgen an sie die Computer verkaufen wollen, deren Produktion bis dahin dann bei uns eine wesentlich größere Rolle einnehmen wird als heute." [52])

Wenn Eppler also sagt, die „Entwicklungspolitik solle stärker auf die Bedürfnisse der EL ausgerichtet werden, so bedeutet das nicht, daß die entwicklungspolitischen Maßnahmen im Interesse der unterentwickelten Länder eingesetzt werden, sondern daß sie Bestandteil zielgerichteter imperialistischer Strukturpolitik sind, und sich in ihren Zielvorstellungen von der Entwicklungspolitik der CDU-Regierung nicht unterscheiden, sondern im Gegenteil eine lückenlose Kontinuität aufweisen. Zwar sind die „realistischeren Vertreter" der Monopolbourgeoisie durchaus bereit, den Entwicklungsländern für deren Wirtschaftsaufbau die Ausnutzung von Möglichkeiten nationaler Akkumulation und staatlicher Planung als angemessen zuzugestehen" [53]) und in diesem Sinne den Industrialisierungsprozeß zu fördern und in „gewisser Weise sozial-reformerisch auf die Entwicklungsgesellschaften" zu wirken, „weil sie noch bestehende Feudalstrukturen aufbrechen und überwinden" helfen, letztlich jedoch befürworten sie eine „Kontrolle und Bevormundung von Entwicklung, die sich an den Erfordernissen, Bedingungen und Maßstäben der industrialisierten Länder orientiert." [54])

Die Revision westdeutscher Entwicklungspolitik unter der SPD-Regierung bedeutet demzufolge nur einen Wechsel in der Taktik, nicht aber eine Revision der grundsätzlichen Ziele. Nicht mehr die Durchsetzung der Hallstein-Doktrin soll die Bindung der Entwicklungsländer an den westdeutschen Imperialismus gewährleisten, sondern unter der Losung von „Partnerschaft" soll ihnen der Eindruck der Gleichberechtigung vermittelt, das tatsächliche Abhängigkeitsverhältnis verwischt und somit in verschleierter Form Einfluß genommen werden. Die jüngsten Auseinandersetzungen um die westdeutsche Entwicklungspolitik zwischen der CDU und der SPD können unter diesen Aspekten nur als Scheingefechte angesehen werden.

2. Kapitalexport

Der private Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen nahm 1967 derart rapide zu, daß von einer Kapitalexportoffensive der westdeutschen Monopole gesprochen werden kann. Insbesondere Strauß forderte verstärkte private Direktinvestitionen im Ausland, um die ökonomische Bedeutung der BRD im Welthandel in politische Machtpositionen umzumünzen. Strauß bezeichnete seinen langfristigen Plan als „Konzept für die siebziger Jahre." [55]) „Im Jahre 1913 hatte das deutsche Reich ein Sozialprodukt von 25 Mrd. Goldmark und Direktinvestitionen im Ausland in einer Größenordnung von 14 Mrd. Goldmark. 1969 werden wir voraussichtlich ein Sozialprodukt von 570 Mrd. DM haben, z. Z. haben wir 13.4 Mrd. DM Direktinvestitionen im Ausland, also vielleicht bis Ende des Jahres 14 Mrd. Es steht also 25 zu 14 damals und 570 zu 14 heute." [56]) Strauß' Kapitalexportkonzept und das seiner großindustriellen Hintermänner steht in voller Kontinuität der imperialistischen Großmachtpläne der Monopole vor dem ersten Weltkrieg. Heute wie damals geht es darum, durch Kapitalexport ausländisches Kapital zu kontrollieren und die ökonomische Machtstellung im imperialistischen Machtsystem auch politisch auszunutzen.

Strauß versuchte die Kapitalexportoffensive durch ein „Sofortprogramm zur Förderung von Direktinvestitionen im Ausland" zu forcieren, das ungemein großzügige steuerliche Vergünstigungen für die Monopole beinhaltete, so daß die Investitionshilfe vorwiegend einem exklusiven Zirkel von 30 Großkonzernen zugute kommt." [57]) Jedoch war Strauß' Konzeption derart weitgehend, daß selbst Schiller unter dem Druck der Gewerkschaf-

[47]) Danckwerts u. a., a.a.O., S. 42
[48]) vgl. DWI-Berichte, a.a.O., S. 26
[49]) vgl. Handelsblatt v. 16. 10. 1969
[50]) Dieter Boris, Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften, in: Das Argument Nr. 38, S. 192 f.
[51]) Katja Nehls, a.a.O., S. 136
[52]) F. J. Strauß, in: Der Volkswirt v. 3. 4. 1969
[53]) DWI-Berichte, a.a.O., S. 30
[54]) vgl. Danckwerts u.a., S. 137
[55]) Der Volkswirt v. 3. 4. 1969
[56]) a.a.O.
[57]) Der Spiegel v. 15. 12. 1969

ten einem milderen Steueränderungsgesetz für Auslandsinvestitionen zustimmen mußte, zumal namhafte Gewerkschaftsvertreter einen stark geförderten Kapitalexport mit dem Hinweis auf Verlagerung von wirtschaftlichem Wachstum ins Ausland, Verschlechterung des Arbeitsmarktes und Verwendung von Steuergeldern für ausschließliche Monopolinteressen beargwöhnten.

Der Kapitalexport steigerte sich allein 1967 um 50 Prozent. 17 Prozent gingen nach den USA und Kanada, 29 Prozent in die sog. Entwicklungsländer, der Rest in die westeuropäischen Staaten. Strauß bemüht sich ebenfalls um gesteigerten Kapitalexport in die USA, um durch internationale Kooperation — insbesondere auf wissenschaftlich-technischer Ebene — die internationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals voranzutreiben. In diesem Zusammenhang forderte Strauß eine Revision des Devisenausgleichsabkommens mit den USA, um so die eigene Kapitalexportposition gegenüber den USA zu verbessern. „. . . ich habe seit Bildung der neuen Regierung den Standpunkt vertreten, daß es nicht möglich sein wird, den Devisenausgleich mit den üblichen Mitteln — siehe Erhard-Johnson-Abkommen — fortzusetzen. Dieses Abkommen hat nicht zuletzt zum Ruin der Erhard-Regierung beigetragen. Ich habe weiter erklärt, wir müssen uns etwas Neues einfallen lassen. Der in den letzten Jahren getätigte Kauf amerikanischer Staatspapiere kann ja nur eine provisorische Lösung, eine temporäre Angelegenheit sein. Und in dieser Richtung habe ich den Vorschlag mit der Förderung der Direktinvestitionen gestellt." [58]) K. Nehls bemerkt hierzu: „Hier zeigt sich, daß die westdeutschen Konzerne offensichtlich den Zeitpunkt für gekommen halten, ihrem Bestreben nach mehr Eigenständigkeit innerhalb des Bündnisses mit den USA, nach größerem Spielraum für die eigene ökonomische und politische Expansion auch offiziell durch die westdeutsche Regierung Ausdruck zu verleihen." [59]).

Der in die Entwicklungsländer gehende Kapitalexport konzentriert sich vornehmlich auf Lateinamerika, insbesondere Brasilien und Argentinien. Der Kapitalexport wird in diesen Ländern im wesentlichen von den Monopolen der IG-Farben-Industrie, der Automobilindustrie, der Elektroindustrie (AEG, Siemens) und Teilen der Eisen- und Stahlindustrie bestritten. Kapitalexportoffensiven folgten 1960—66 jeweils nach Staatsstreichen volksfeindlicher, reaktionärer Militärs, die eng mit dem ausländischen Kapital kooperierten. Der Einfluß der ausländischen Konzerne konzentriert sich auf die dynamischen, strukturbestimmenden Zweige der jungen Staaten. „Gerade in den dynamischen Zweigen und bei den größten Zweigwerken auch bei den Hauptinteressenten der wissenschaftlich-technischen Kooperation auf Staatsebene dominieren jene Monopolgruppen, die auch in Westdeutschland selbst die mächtigsten aggressivsten Teile des staatsmonopolistischen Systems sind, insbesondere die Großkonzerne der chemischen Industrie, der Elektroindustrie des Fahrzeug- und Maschinenbaues. Ihnen kommen in erster Linie die Förderungsmaßnahmen der BRD-Regierung für die neokolonialistische Expansion zugute, und sie sind die treibenden Kräfte, die stets noch weitergehende Vergünstigungen fordern. Abs und Strauß sehen es als selbstverständlich an, wenn sich vorwiegend größere und Großbetriebe für Investitionen in Entwicklungsländern interessieren. Auch in den Entwicklungsländern manifestiert sich das westdeutsche Streben nach Weltkonzernen." [60])
Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Brasilien und Argentinien wird ebenfalls in die imperialistische Globalstrategie eingeordnet: „Argentinien und Brasilien bevorzugen in ihrer Atomwirtschaft gerade deshalb das an sich teurere Natur-Uran-Verfahren Westdeutschlands, weil sie nicht von den USA in der Lieferung von Brennelementen aus angereichertem Uran abhängig sein und der USA keine Kontrolle über das bei der Kernspaltung anfallende Plutonium (Ausgangsstoff für Kernwaffen) einräumen wollen. Sowohl Argentinien als auch Brasilien widersetzen sich (z. B. im Gegensatz zu Chile) der Unterzeichnung des Kernwaffen-Sperrvertrages. . . . Die Zusammenarbeit zwischen Bonn, seinen atomaren Partnern in Lateinamerika und anderen ähnlich orientierten Staaten führt zu einer Allianz unter westdeutscher Führung gegen den Sperrvertrag.
Mit der Erschließung atomarer Rohstoffquellen, auswärtiger Experimentierfelder für neue atomare Technologien und eines weiten atomaren Marktes für atomare Ausrüstungen westdeutscher Produktion und gemischter Produktion unter westdeutscher Führung will Bonn die nötigen technologischen und kommerziellen Voraussetzungen für eine atomare Großmachtposition und ein eigenes Kernwaffenpotential unabhängig von der NATO schaffen." [61])
Ist die Position der BRD im imperialistischen Weltsystem durch die Spannung zwischen ökonomischer Stärke und relativer politischer Schwäche gekennzeichnet, so findet die daraus resultierende besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus in der strategischen Konzeption der Herrschenden ihren Niederschlag; in der Strategie der CDU/CSU als auch der SPD wird eine Forcierung des Kapitalexports in Form von Direktinvestitionen angestrebt, wobei sich die Differenzen lediglich auf taktische Varianten beschränken.

[58]) Der Volkswirt v. 3. 4. 1969
[59]) Katja Nehls, a.a.O., S. 91
[60]) DWI-Berichte, 6/1970, S. 28
[61]) a.a.O., S. 29

VI.

Die Analyse einzelner Teilbereiche der aktuellen Politik des deutschen Imperialismus bestätigt die von den Marxisten bereits 1969 getroffene Feststellung, daß es sich bei der Regierungsübernahme durch die Koalition von SPD und FDP nicht um einen grundlegenden Machtwechsel in der politischen Exekutive, sondern um das Auswechseln der politischen Spitzenrepräsentanten imperialistischer Politik und Aktualisierung einer ihrer taktischen Varianten handelte. Im Verlauf von eineinhalb Jahren sozialdemokratisch geführter Regierung hat sich darüber hinaus erwiesen, daß selbst in taktischen Fragen die Übergänge zwischen den Positionen der beiden Hauptparteien des deutschen Monopolkapitals CDU und SPD oft fließend sind und die Positionen zum Teil gegeneinander austauschbar wären. Beide haben in ihrer Politik objektiven Erfordernissen monopolkapitalistischer Systemmodernisierung und -stabilisierung und — wenn auch widersprüchlich — einer veränderten ökonomischen und politischen Situation des Imperialismus, besonders der Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden antagonistischen Systemen Rechnung zu tragen. Über diese prinzipiell gemeinsame Linie kann auch die oft lautstark und polemisch geführte Auseinandersetzung zwischen sozialdemokratischer Führung und Exekutive einerseits und der gesammelten rechten Opposition andererseits nicht hinwegtäuschen. Dabei entspräche es freilich einer verkürzten politologischen Denkweise.

Welche politische Entscheidungen der Herrschenden entweder nur als Reaktion auf die jeweiligen Stimmungen der Massen oder verselbständigter Machtkämpfe politischer „Eliten" zu interpretieren weiß, wollte man die verbalen Auseinandersetzungen zwischen beiden Fraktionen nur als spektakuläre Diadochenkämpfe zur Unterhaltung des Volkes begreifen. Die Formierung der Rechtskräfte, die ja nicht nur eine einfache Addition konservativen Potentials ist, muß vielmehr unter dem Gesichtspunkt der Absicherung der Klassenfront durch die herrschende Klasse in einer Situation gesehen werden, in der Umgestaltungen im ökonomischen und politischen System des Kapitalismus in der BRD unabwendbar sind, um dessen weitere Stabilität wenigstens kurzfristig zu gewährleisten.

Die von der gegenwärtigen Regierung getragenen innen- und außenpolitischen Umorientierungen, die zum Teil nur die Fortführung der von der CDU-Regierung konzipierten „Anpassungsreformen" darstellen, sind als Teil imperialistischer Politik selbst permanent Gegenstand der Klassenauseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene. Sie werden in ihren Auswirkungen und Folgen vom Wirken der divergierenden Klassenkräfte bestimmt. So sind die Verträge von Moskau und Warschau einerseits Instrument imperialistischer Politik, die mit modifizierten Mitteln in die internationalen Klassenauseinandersetzungen eingreift und ihre ökonomische und politische Selbständigkeit gegenüber den anderen imperialistischen Ländern erhöhen will, zum anderen Hebel der sozialistischen Staaten dem Imperialismus eine Politik der

politisch-militärischen Koexistenz aufzuzwingen und die Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Hauptmächten voranzutreiben. So ist die „Weiterentwicklung" der Mitbestimmung, wie sie von den Hauptparteien des Monopolkapitals und der gewerkschaftlichen Führung intendiert wird, für diese Transmissionsriemen der Klassenkollaboration, d. h. der Domestikation oppositioneller Kräfte in der Arbeiterklasse; der Kampf um Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle ist andererseits Medium zur Mobilisierung der Arbeiterklasse und zur Erringung von Kampfpositionen innerhalb des imperialistischen Systems.

Wenn die Marxisten erklärt haben, daß sie bestimmte Maßnahmen der sozialdemokratisch geführten Regierung unterstützen, so entspricht das der Erkenntnis, daß es sich hier um Schritte handelt, die in der politischen Auseinandersetzung für die Arbeiterklasse nutzbar zu machen sind. Eben dieser Erkenntnis entspricht — von der antagonistischen Klassenposition aus — der Widerstand der rechten Gruppen gegen einzelne dieser Maßnahmen.

Die Intention der rechten Formierung ist es, auf innen- und außenpolitischem Gebiet forciert Barrieren gegen die nationale und internationale Arbeiterbewegung zu errichten, die Verwirklichung der Zielkonzeption des Imperialismus gegen die Strategie der sozialistischen Bewegung abzusichern.

Dazu dient die Mobilisierung der Bevölkerung unter rechten ideologischen Varianten. Ihre Politik hat nicht nur aktuell bezogenen, sondern vor allem auch prophylaktischen Stellenwert für den Zeitpunkt, wo es der integrationistischen Taktik, wie sie in erster Linie durch die Sozialdemokratie repräsentiert wird, nicht mehr gelingt, ihre Domestikationsfunktion ausreichend zu erfüllen. In diesem Falle wird Systemsicherung nur noch durch einen autoritären gewaltsamen Kurs in der Innenpolitik zu gewährleisten sein.

Für die sozialistischen Kräfte in der BRD ist es dabei wichtig zu verstehen, daß sich Integrations- und Repressionspolitik gegenseitig keineswegs ausschließen, sondern sich in der taktischen Linie gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen durchaus ergänzen könen, ebenso wie es bei den taktischen Vorstellungen von CDU/CSU und SPD der Fall ist. Die Gestaltung der konkreten Politik des Imperialismus wird nach den materiellen Voraussetzungen und nicht nach politischen Wunschbildern oder verfestigten ideologischen Leitlinien entschieden, sie ist selbst das Ergebnis von Kompromissen zwischen verschiedenen Vorstellungen in der herrschenden Klasse. Die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung beweisen nur allzu deutlich, daß auch die Führung der Sozialdemokratie in Situationen akuter Herrschaftsgefährdung zum Mittel des offenen Terrors gegen die revolutionäre Fraktion der Arbeiterklasse greifen kann. Wenn die Marxisten gegenwärtig die Hauptorientierung in der politischen Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse gegen die „Rechtsformierung" richten, dann tun sie das aus der Einschätzung heraus, daß hier gegenwärtig eine autoritäre und repressivere Variante imperialistischer Politik ihren konzentriertesten Ausdruck findet.

Im Kampf für demokratische Gegenmachtpositionen innerhalb einer sozialistischen Strategie ist die Auseinandersetzung mit der Rechtsformierung aber keine isolierte Erscheinung, sondern sie ist stets Bestandteil einer grundsätzlich antiimperialistischen und antimonopolistischen Politik, einer Politik der Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen **das Monopolkapital.** Diese Gesamtorientierung kann durch die Klarstellung des Verhältnisses zwischen Monopolen und politischen Parteien einerseits und verschiedenen Positionen innerhalb der Monopolbourgeoisie, wie sie in diesem Artikel versucht wurde, nur unterstrichen werden. Legitimerweise kann hier nur noch einmal festgestellt werden, daß es sich dabei um kurzfristige und instabile Konstellationen handelt, die sich in veränderten Situationen schnell modifizieren lassen. So ist es auch nur im Kontext der aufgezeigten **aktuellen** „Gefahren" der von der SPD-Führung forcierten Politik zu verstehen, wenn die BDA Strauß und die CSU als politisch stabile Kraft feiert.

Die „Wirtschaftswoche" meldete: „Strauß ist der Geheimtip der Wirtschaft." [62]) Der BDI fürchtet, daß die Beteuerungen der SPD zur „sozialen Marktwirtschaft" möglicherweise nicht ernst genug genommen würden, Insbesondere auch wegen der zu starken Forcierung der „inneren Reformen". Die FAZ berichtete kürzlich zum Thema „Sozialdemokratie und soziale Marktwirtschaft": „Die Übersteigerung der Reformen und die resultierende soziale (und politisch-psychologische) Überbürdung der Volkswirtschaft würden die ‚Qualität' der Wirtschaftsordnung tatsächlich ändern, die Marktwirtschaft aushölen . . . ". [63])

[62]) Die Wirtschaftswoche v. 20. 11. 1970

[63]) FAZ v. 3. 3. 1971

Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen

Christof Kievenheim

Anmerkungen zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der deutschen Linken

Gunnar Matthiessen hat in seinem Aufsatz in facit 22/23 ansatzweise die notwendige Unterscheidung zwischen der dem Imperialismus und speziell dem staatsmonopolistischen Kapitalismus immanenten Veränderung der politischen **Herrschaftsstrukturen** und den — entsprechend den Konstellationen des nationalen und internationalen Kräfteverhältnisses — variierenden **Herrschaftsformen,** in denen sie in Erscheinung treten, herausgearbeitet.

Die Liquiditation demokratischer Entscheidungsstrukturen oder — wie Lenin schreibt — die für den Überbau des monopolistischen Kapitalismus charakteristische „Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion" (Lenin, Werke Bd. 23, S. 34) dürfte im wesentlichen unter folgenden Entwicklungsbedingungen erklärbar sein:

1. Den ökonomischen Verschiebungen innerhalb der herrschenden Klasse selber, die durch den wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß und seinen Umschlag in die monopolkapitalistische Produktionsweise gekennzeichnet sind. In dem Maße wie das Monopol zur bestimmenden Form der kapitalistischen Produktion wird, konzentriert sich auch die politische Herrschaft — auf Kosten der nichtmonopolistischen Bourgeoisie — zunehmend in den Händen des Monopolkapitals. Der auf der politischen Ebene statfindende Interessenausgleich zwischen verschiedenen Bourgeoisfraktionen wird auf den innermonopolistischen Kompromiß im Sinne der Systemerhaltung reduzierbar. Die in der bürgerlichen Emanzipationsphase geschaffene Gewaltenteilung — Legislative-Exekutive — zunächst Instrument der Bourgeoisie in der Auseinandersetzung mit dem Adel, später nur noch Medium des Interessenausgleichs zwischen den Einzelkapitalien, kann immer mehr zugunsten einer Stärkung der Exekutive und ihrer direkten Kontrolle durch die monopolistische Bourgeoisie aufgehoben werden.

2. Den quantitativen Veränderungen in der Klassenstruktur der entwickelten kapitalistischen Länder, gekennzeichnet vor allem durch das Erstarken der Arbeiterklasse gegenüber den anderen Klassen und Schichten, das heißt: der zunehmenden Verengung der objektiven sozialen Basis für kapitalistische Herrschaft. Die überwältigende Mehrheit von Angehörigen einer der kapitalistischen Herrschaft antagonistischen Klas-

se in der Bevölkerung erfordert im Interesse der Systemerhaltung eine Absicherung in Permanenz gegen ihre mögliche demokratische Einflußnahme und bedingt so ebenfalls den Transformationsprozeß der einst von der Bourgeoisie selbst geschaffenen Institutionen und Rechte.

3. Dieser Transformationsprozeß wird im staatsmonopolitischen Kapitalismus in dem Maße besonders gefördert, als der Widerspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung mit der Übernahme ökonomischer Leitungs- und Regulierungsfunktionen durch den Staat auf eine neue Ebene gehoben und die staatliche Regulierungstätigkeit zu einer essentiellen Voraussetzung der Systemsicherung wird.

Der reaktionäre Charakter des politischen Überbaus im Imperialismus erwächst so aus seiner Aufgabe der Sicherung eines nach dem Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte längst überfälligen Herrschaftssystems, das seine politischen Strukturen diesen Anforderungen nach gestalten muß. Daraus folgt der für die Marxisten in der BRD selbstverständliche, von manchen Kritikern in der demokratischen und sozialistischen Bewegung aber oft in Frage gestellte Schluß, daß sich diese Strukturen nicht auf ein dem „freien" Konkurrenzkapitalismus adäquates Niveau „zurückentwickeln" lassen, sondern nur in Wechselbeziehung zu grundlegenden Veränderungen an der ökonomischen Basis umzuwälzen sind.

Wenn wir von der Entwicklung des politischen Überbaus zur Reaktion, der Liquidation demokratischer Entscheidungsstrukturen sprechen, so ist damit noch keineswegs eine Aussage über die Formen, in denen sich dieser Prozeß realisiert, gemacht worden, wie es erscheinen könnte, faßt man den Begriff „reaktionär" als oberflächliche politologische Methodencharakterisierung oder Kennzeichnung spezifischer bürgerlicher Ideologievarianten auf der gleichen Ebene wie etwa „konservativ" oder „traditionell".

Die Hervorhebung der Möglichkeit variierender Formen der politischen Herrschaft durch das Monopolkapital ist im Zeichen der aktuellen Auseinandersetzung innerhalb der monopolistischen Bourgeoisie und ihrer politischen Repräsentationen besonders wichtig geworden, um Illusionen, es handle sich hier um prinzipielle Systemalternativen, entgegenzutreten.

Andererseits ist klarzustellen, daß die Anwendung bestimmter politischer Herrschaftsformen durch das Monopolkapital in keiner Weise einen „voluntaristischen Akt" darstellt, der losgelöst von den jeweiligen aktuellen ökonomischen und politischen Reproduktionsbedingungen des Kapitals vollzogen wird.

Diese Bedingungen müssen — und das zeichnet die imperialistische und besonders die staatsmonopolistische Phase des Kapitalismus angesichts der weiteren Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus aus — mehr und mehr unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Gesamtsystems reflektiert werden. Dies gilt zum einen auf nationaler Ebene in der Notwendigkeit der Mobilisierung aller Ressourcen des jeweiligen Landes im internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampf, wie auch — heute verstärkt — auf internationaler Ebene in der Abwehr des Sozialismus, der nationalen Befreiungsbewegungen und der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder. Daß sich in solchen konzentrierten gemeinsamen Anstrengungen die aus der fortbestehenden Konkurrenzsituation resultierenden Widersprüche zwischen den einzelnen Monopolen nicht aufheben lassen, sondern in ihnen weiterhin zum Tragen kommen, entspricht dabei nur konstitutiv dem Wesen des Kapitalismus. Diese Feststellung darf aber nicht dazu führen, die Kompromißfähigkeit der einzelnen Monopole zu unterschätzen bzw. — ohne hinreichende empirische Begründung — ein Bild von den Auseinandersetzungen innerhalb der Monopolbourgeoisie zu vermitteln, das sich auf die angebliche Existenz von sowohl aus ihrer ökonomischen Interessenlage wie auch ihren politisch-taktischen Konzeptionen her homogenen Kapitalfraktionen stützt.

Die Vorstellung von zwei Fraktionen des Monopolkapitals, die sowohl von ihren unmittelbaren ökonomischen Interessen, als auch ihren politisch taktischen Konzeptionen her als homogene Gruppierungen die politischen Entscheidungen des imperialistischen Staates beeinflussen, hat scheinbar in besonders akzentuierter Form in die Faschismus-Diskussion der Kommunistischen Internationale Anfang der dreißiger Jahre Eingang gefunden.

Sie führte dazu, daß das 13. Exekutivkomitee der Komintern im Dezember 1933 — in prinzipiell richtiger Einschätzung des monopolkapitalistischen Klassencharakters der faschistischen Herrschaft — den Faschismus an der Macht als die „offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" charakterisierte (XIII. Plenum des EKKI, Dezember 1933). (Thesen und Beschlüsse, Moskau-Leningrad 1934, S. 5.)

Die hier behauptete Diktatur einer oder mehrerer Gruppierungen des Finanzkapitals müßte — der immanenten Logik der angeführten Argumentation zufolge — den Ausschluß anderer Gruppierungen des Finanzkapitals von der politischen Herrschaft, wenn nicht gar die Unterdrückung einer Bourgeoisfraktion durch die andere bedeuten. Zum anderen wäre der Faschismus als eine spezifische Herrschaftsform, die von einer spezifischen Kapitalfraktion forciert und befürwortet würde, zu verstehen, was zur Vermutung konzeptioneller Alternativen und ihrer Vertretung durch andere Fraktionen in dem bezeichneten historischen Zeitraum führen könnte.

Daß es sich bei solchen Auffassungen um falsche theoretische Verallgemeinerungen aus der Untersuchung der Auseinandersetzungen innerhalb des Monopolkapitals in den Jahren 1932—33 handelt, wird aus der Lektüre der Materialien von E. Czichon ersichtlich (vergl. E. Czichon: Der Bankier und die Macht. Hermann Josef Abs in der deutschen Politik, Köln 1970). Wenn für den Zeitpunkt der faschistischen Machtübernahme und die ersten Jahre faschistischer Machtausübung in Deutschland von der besonders hervortretenden Rolle der Schwerindustrie sowohl im Prozeß der „Machtübernahme" selbst wie auch in der anschließenden Besetzung von Funktionen in den Staatsapparaten gesprochen werden kann, so ist diese Dominanz stets relativ zum Einfluß anderer Gruppierungen und ebenso — wie Czichon aufzeigt — auswechselbar, ohne daß sich grundsätzliche Veränderungen in der Form der Herrschaftsausübung ergeben. Das heißt: alle Gruppierungen des Monopolkapitals stützen die faschistische Herrschaft und profi-

KUNDENDIENST
Seit 75 Jahren

E. KAHLE KG Elektrogroßhandlung
5 Köln 1 · Postfach 968 · Plankgasse 42 · Ruf-Sa. 233623

tieren von ihr, sie entspricht ihren globalen Zielsetzungen und dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, sie erscheint am adäquatesten, um bestimmte Ziele in der Globalstrategie des deutschen Imperialismus durchzusetzen. Dimitroff hat in seinem Bericht an den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale auf die Wechselbeziehung zwischen Herrschaftsform und der aktuell für realisierbar gehaltenen Zielsetzungen des Monopolkapitals verwiesen: „Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen Abrechnung mit der Arbeiterklasse. Der Faschismus in der Außenpolitik ist der Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Haß gegen die anderen Völker kultiviert" (Georgi Dimitroff: Arbeiterklasse gegen Faschismus-Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale — Moskau und Leningrad 1935, Rote Drucke Reprint München o. J.).

Der Verfasser ist der Meinung, daß diese Definition — im Rahmen der verschiedenen Ansätze einer marxistischen Analyse des Faschismus in den dreißiger Jahren — das Wesen des Faschismus als eine Herrschaftsform **des Finanzkapitals** zur Realisierung seiner innen- und außenpolitischen Schwerpunktziele am adäquatesten widerspiegelt. Die wesentliche Aussage der Faschismus-Definition der Komintern über den Faschismus als politische Herrschaftsform des Finanzkapitals ist bis heute Ziel der Polemik nicht nur von bürgerlich-reaktionärer Seite, sondern auch von fortschrittlich-demokratischen und dem Marxismus nahestehenden Theoretikern gewesen. Besonders die letzteren gründen sich dabei auf die Analyse des ehemaligen Mitgliedes der KPD-Führung August Thalheimer, der anknüpfend an die Marxsche Darstellung des Bonapartismus (Vergl. Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte: Marx/Engels Werke, Band 8) 1930 das faschistische System als **„Verselbständigung der Exekutivgewalt, die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst** unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft de Großbourgeoisie und des Großgrundbesitzes" charakterisierte. (Hervorhebungen d. V.). (A. Thalheimer: Über den Faschismus, in: O. Bauer, H. Marcuse, A. Rosenberg u. a. Faschismus und Kapitalismus, hrsg. von. W. Abendroth, Frankfurt/Main 1967, S. 31).

Die These von der Abtretung der politischen Herrschaft duch die Bourgeoisie an die faschistische Exekutive wird unter den bekannteren Theoretikern aus der demokratischen Bewegung in der BRD vor allem von dem Marburger Politologen Reinhard Kühnl dem Wesen nach übernommen.

Kühnl glaubt die kommunistische Analyse des Faschismus u. a. mit dem Hinweis auf das Eigengewicht „der faschistischen Führung im Bereich politischer Entscheidungen" in Hitler-Deutschland bzw. deren letztliche Entscheidungsfunktion bei innermonopolistischen Konflikten falsifizieren zu können. (Vergl. Reinhard Kühnl: Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus, Das Argument 58, 12. J., H. 4—6, S. 258 ff.). Auch wenn Kühnl zu der Erkenntnis gelangt, daß sich alle „politischen Entscheidungen des faschistischen Staates im Rahmen der grundsätzlichen Interessen und Ziele hielten, über die sich die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse (...) einig waren" (Ebenda S. 276), hält er andererseits implizit an der Behauptung der Diskontinuität bürgerlicher Herrschaft im Faschismus und explizit an der These über den „Pluralismus im Herrschaftsgefüge des Dritten Reiches" (Ebenda S. 275) fest. Die von den Marxisten analysierte Veränderung der Herrschaftsform wird bei Kühnl zur Veränderung der Herrschaft selber.

Da es Kühnl darum geht, die als zu „grobschlächtig" erachteten Thesen über das Auseinanderfallen von sozialer und politischer Herrschaft zu „verfeinern" (vgl. Reinhard Kühnl: Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus-Faschismus, Reinbeck bei Hamburg 1971, S. 142), stellen seine Ausführungen zum Verhältnis Bourgeoisie und faschistische Herrschaftsform dann auch nur eine Verfeinerung grundlegender „Mißverständnisse" dar. Dieses Mißverständnis scheint vor allem darin zu bestehen, daß Kühnl die sich im Charakter der Staatsmacht manifestierende politische Herrschaft der Bourgeoisie mit der Besetzung der Spitzenpositionen des bürgerlichen Staatsapparates bzw. dessen Struktur und sozialem Rekrutierungsfeld, die innerhalb der bürgerlichen Herrschaft austauschbar sein können, durcheinanderwirft und folglich Veränderungen, die sich im Staatsapparat vollziehen, als Veränderungen in der politischen Staatsmacht interpretiert.

Im Anschluß an die in Facit 22/23 publizierten Ausführungen des marxistischen Philosophen Louis Althusser über das Verhältnis von Staatsmacht und Staatsapparaten läßt sich hingegen in Bezug auf die mit der Errichtung der „faschistischen Diktatur" verbundenen Veränderungen sagen, daß ein Wechsel in wichtigen Positionen des Staatsapparates vollzogen wurde, gerade um die bürgerliche Staatsmacht selbst intakt zu halten. Die veränderten Formen der Machtausübung — die offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals — drücken sich ebenso in bestimmten Veränderungen und Erweiterungen im Aufbau des Staatsapparates aus. So weist Kühnl mit Recht darauf hin, daß neben den traditionellen Staatsaparaten solche Unterdrückungsagenturen geschaffen werden, die sich unter direkter Anleitung durch die faschistische Parteiexekutive befinden. Daß sich seitens dieser Terrorapparate bestimmte Verselbständigungen gegenüber der jeweils vom Finanzkapital befürworteten politischen Linie aktualisieren, ja diese Apparate zeitweise auch ein bestimmtes Eigengewicht erhalten, das sich auch in der Gesamtpolitik der faschistischen Exekutive niederschlägt, scheint im Gegensatz zu der von Kühnl generalisierten Verselbständigung der politischen Herrschaft durchaus wahrscheinlich und stellt auch kein Spezifikum des Faschismus dar.

Entsprechend ist auch die Ablösung der Vertreter der traditionellen bürgerlichen Parteien von den Spitzenpositionen des Staatsapparats kein Novum faschistischer Herrschaft.

Zumindest für die Entwicklung des kapitalistischen Deutschlands läßt sich als gesichert behaupten, daß das soziale Rekrutierungsfeld für die Besetzung führender Positionen des Staatsapparates stets mehr oder weniger heterogen war. Vor dem ersten Weltkrieg teilten sich im wilhelminischen Deutschland Angehörige der bürgerlichen Klassen und der vorkapitalistischen Oberklassen solche Funktionen; in Reaktion auf die deutsche Novemberrevolution 1918 erfolgte die Delegierung von Angehörigen der sozialdemokratischen Arbeiterbürokratie in Spitzenämter der Staatsbürokratie.

Diese „Delegierung" erfolgte unter Berücksichtigung der spezifischen Integrationsfunktionen, welche jene Gruppe dank ihrer politischen Basis gegenüber dem revolutionären Potential in der Arbeiterklasse ausüben konnte. Die durch die Aktualisierung ökonomischer Krisen in den zwanziger Jahren forcierte politische Polarisierung in der deutschen Arbeiterklasse ging mit einer Schmälerung der sozialdemokratischen Massenbasis einher und machte somit ihrer karrikativen Funktion als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" ein jähes und für sie selbst wohl unerwartetes Ende.

Die faschistische Bewegung — unter ideologisch „antimonopolistischen" Vorzeichen und angesichts der offenen Krise erstarkt — konnte die den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie verlorengegangene stabile Massenbasis ersetzen. Mit der Errichtung der offenen Diktatur galt es zunächst die Kräfte der Arbeiterbewegung — vor allem die KPD — zu zerschlagen, um eine ausreichende innere Stabilität für den außenpolitischen Expansionskurs der offenen Gewaltanwendung zu erhalten.

Im Gegensatz zur gewaltsamen Unterdrükkung der Organisationen der Arbeiterklasse erfolgt die Liquidation der bürgerlichen Parteien über den Weg der anfänglichen Koalition mit der faschistischen Partei und des grundsätzlichen Einverständnisses mit der von ihr formulierten Zielkonzeption in der durchaus reibungslosen Form der „Selbstauflösung": Die Spitzen der bürgerlichen Parteien haben das „Vertrauen" des Monopolkapitals verloren, die aktuellen Zielsetzungen des Kapitals erlauben nicht mehr deren Veröffentlichung in der parlamentarischen Diskussion um taktisch optimale Varianten. Die bislang teilweise noch öffentlich geführten Auseinandersetzungen verlagern sich vollständig in den Bereich der direkten Kommunikation zwischen Monopolvertretern und politischer Exekutive. Zum anderen müssen diese bürgerlichen Parteien auch der vor der Regierungsübernahme entfalteten faschistischen Demago-

gie gegen das bürgerlich-parlamentarische System und dem verbal-demagogischen Antimonopolismus der faschistischen Partei „zum Opfer fallen", wobei es real — neben der Arbeiterklasse — gerade die nichtmonopolistische Bourgeoisie ist, die mit dem Verlust ihrer politischen Repräsentation auch den Rest ihres politischen Einflusses verliert.

Die terroristische Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die auch formelle Liquidation der parlamentarischen Legislative sowie der bürgerlichen Parteien gehören zweifellos zu den Strukturmerkmalen der faschistischen Herrschaftsform (vgl. Czichon, a.a.O., S. 68). Bereits diese Charakterisierung deutet darauf hin, daß der Faschismus an der Macht nicht mit jeder Regierung der Rechten oder autoritären Form der Machtausübung identisch ist. Auch die spezifischen ideologischen Attribute der faschistischen Bewegung lassen es unkorrekt erscheinen, rechte Parteien und Bewegungen verallgemeinernd als faschistisch oder „neofaschistisch" zu denunzieren. Gunnar Matthiessen ermöglicht jenen voreiligen Schluß, wenn er andeutet, daß die unter dem Begriff des „Rechtskartells" subsumierten politischen Kräfte in der BRD „auf eine neofaschistische Entwicklung hindrängen".

Eine solche Position folgt allerdings fast logisch aus Matthiessens anderer Behauptung, „tendenziell (stelle) der Faschismus für alle ununterschieden (d. h. Monopolgruppen, C.K.) die beste Herrschaftsform dar, weil sie die besten Möglichkeiten zur Mobilisierung des gesamten ökonomischen Potentials im Interesse des Großkapitals bei Ausschaltung aller Reibungsverluste durch demokratischen Widerstand der Arbeiterbewegung ermöglicht." Nun scheint es einmal generell problematisch von einer ideellen Optimalvariante monopolkapitalistischer Politik auszugehen, die von dem jeweiligen Aktualisierungsgrad der Krisenentwicklung und des Kräfteverhältnisses abstrahiert. Zum anderen beweisen die historischen Erfahrungen eher, daß die Ausschaltung von „Reibungsverlusten" in bestimmten historischen Phasen und Situationen, vor allem bei einer relativen Schwäche des revolutionären Potentials der Arbeiterbewegung und des ungebrochenen Einflusses der SPD in der Arbeiterklasse, sich gleichwohl über eine Integrationspolitik realisieren läßt, in welcher die „Arbeiterbürokratie" selbst als Disziplinator fungiert. Weiterhin müssen gerade für die Bundesrepublik die außenpolitischen Folgen eines faschistischen oder „neofaschistischen" Systems in Rechnung gestellt werden, auf die Matthiessen im Hinblick auf die Reaktionen der sozialistischen Länder ja selbsteinschränkend hinweist. Noch empfindlicher könnte das deutsche Monopolkapital bei einer solchen Entwicklung in seinem westeuropäischen Hegemoniestreben gestört werden; ist doch damit zu rechnen, daß sich die Arbeiterbewegungen in einigen der wichtigsten westeuropäischen „Partnerländern" entschiedener gegen alle Formen der ökonomischen und politischen Union unter Führung des BRD-Kapitals wendet, wenn es hier zu Formen der offenen Diktatur käme.

Auf dem gegenwärtigen Aktualisierungsstand der Widersprüche in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD erscheinen andererseits noch keineswegs die Labilitätsbedingungen gegeben, die nach dem ersten Weltkrieg bzw. in der Weltwirtschaftskrise das Entstehen bzw. das Erstarken einer faschistischen Massenbewegung förderten.

Sozialdemokraten und Rechtsparteien erweisen sich durchaus noch als stabil und attraktiv genug, um im politischen Wechselspiel eine zumindest passive Massenbasis gegen eine noch relativ schwache und sporadische Bewegung in der Arbeiterklasse zu mobilisieren und die Konzentration aller Kräfte auf die Anpassung des ökonomischen und politischen Systems an die seit Beginn der sechziger Jahre veränderten und verungünstigten Reproduktionsbedingungen des deutschen Kapitalismus zu leisten. Die Anstrengungen in Richtung einer „Systemmodernisierung" sind dabei nicht nur im Sinne höherer ökonomischer Effizienz, sondern gerade unter dem Gesichtspunkt der Absicherung der politischen Entscheidungen vor der demokratischen und Arbeiterbewegung sowie einer politischen Befriedungspolitik zur Domestikation der demokratischen Kräfte zu sehen (integrative Mitbestimmungskonzeptionen etc.). Diese Maßnahmen werden andererseits in einer Situation ergriffen, in der der ökonomische und politische Entscheidungsspielraum des deutschen Kapitalismus sowohl durch die Verschärfung der internationalen kapitalistischen Konkurrenz wie auch durch das politische und ökonomische Erstarken des sozialistischen Lagers — der DDR im besonderen — weiter eingeengt wird.

Auf die Aktualisierung der Krise 1966/67 hatte das deutsche Monopolkapital zunächst mit der Beteiligung der sozialdemokratischen Führung an der politischen Exekutive reagiert, wobei die spezifischen „Vorteile" einer solchen Regierungsbeteiligung sowohl in der — bereits oben skizzierten — integrationistischen Disziplinierungsfunktion der SPD-Führung (besonders gegenüber den Gewerkschaften), als auch ihrer geringeren ideologischen Vorbelastung als Realisatoren staatsmonopolistischer Reformen der Systemmodernisierung lagen. So standen einige der nun verstärkt in Angriff genommenen Maßnahmen in allzu krassem Widerspruch zu dem in der Regierungszeit der CDU/CSU propagierten Leitbild der sozialen Marktwirtschaft; andererseits war es der Sozialdemokratie vorbehalten, die neuen Reformmaßnahmen als solche im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu verkaufen. In bezug auf die weitere Entwicklung der politischen Herrschaftsformen ermöglichte die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie die Einführung gesetzlich-juristischer Absicherungen in Form der Notstandsgesetze, um — bei akuter Systembedrohung — die bürgerlich-parlamentarische Regierungsform und bürgerliche Freiheitsrechte quasi „legal" zugunsten einer unkontrollierten und vollständigen politischen Entscheidungsmonopolisierung bei der staatlichen Exekutive zu transformieren. Entsprach die Stabilisierungspolitik der „Großen Koalition" während und nach der kapitalistischen Bewältigung der akuten Krise offensichtlich den taktischen Überlegungen aller Teile des Monopolkapitals, so zeichneten sich ab 1969 verstärkte Meinungsverschiedenheiten ab, die sich nach dem Aufstieg der SPD zur dominierenden Regierungspartei im Laufe des Jahres 1970 verschärft haben.

Die für die Demokraten und Sozialisten politisch wichtige Frage ist nun, welche taktischen Linien sich in Form der beiden politischen Hauptrepräsentantinnen des Monopolkapitals der SPD/ FDP einerseits und der Koalition diverser politischer Rechtskräfte unter Führung der CDU/CSU andererseits gegenüberstehen.

Daraus wären nicht zuletzt Schlüsse darüber zu ziehen, welche wirtschafts-innen- und außenpolitischen Maßnahmen bei einer nicht entscheidend geänderten politisch-ökonomischen Gesamtsituation des deutschen Kapitalismus im Falle eines weiteren Rückgangs der sozialdemokratischen Wählerbasis und einer evtl. erneuten Regierungsübernahme durch die offenen Rechtsparteien zu erwarten wären, bzw. inwieweit ein erneutes Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Rechtsgruppen möglich erscheint.

facit ___ Reihe ___ 3

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa –

Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus

von Prof. Dieter Klein (DM 3,00 + Porto)

NLA – Portrait einer kommenden Rechtspartei

Manfred Bosch

Eigenen Angaben zufolge ist für 1971 mit der Konstituierung einer neuen Rechtspartei zu rechnen, die möglicherweise den Namen „Deutsche Union" (DU) tragen wird. Die DU rekrutiert sich aus mit der sozialliberalen Koalition unzufriedenen rechten FDP-Mitgliedern, aus Kreisen der CDU/CSU und aus NPD-Kämpen, die nach den vernichtenden Wahlniederlagen der NPD bei den letzten Landtagswahlen hier eine neue Möglichkeit sehen, ihre braune Vergangenheit überleben zu lassen. Hinzu kommen weitere Rechtskräfte, die durch Insertenaktionen in Zeitungen wie der „Frankfurter Allgemeinen" und der „Deutschen National- und Soldaten-Zeitung" in der „National-Liberalen Aktion" (NLA) (bestehend aus dem „Rechts-Liberalen Arbeitskreis", RLA, und dem „National-Liberalen Freundeskreis") zusammengefaßt sind; die „National-Liberale Aktion" ist auch unter der Bezeichnung „Hohensyburger Kreis" hervorgetreten.

Das bislang (vor-)formulierte Selbstverständnis der DU ist äußerst diffus, und das sicherlich nicht zuletzt aus wahltaktischen Gründen: sie kann sich als typische Sammlungsbewegung keines Wählerreservoirs begeben und bezeichnet sich demnach bald als „demokratische Mitte", bald als „Vereinigung freiheitlicher, liberaler, nationalliberaler und national-konservativer deutscher Menschen" [1]), bald als „patriotische Mitte" [2]).

Rein negativ definiert ist zunächst noch, wodurch die neue Partei sich auf den Plan gerufen sieht: „Die in Bonn eingetretene Entwicklung in der Deutschland- und Ostpolitik sowie die langfristig geplante Veränderung der Gesellschaftsordnung ist besorgniserregend" [3]), und „Es ist unser Ziel, die freiheitlichen liberalen und nationalbewußten Menschen in der Bundesrepublik zu sammeln und zu einer politischen Kraft zu vereinigen. Die Zeit ist reif, daß viele kleine Rinnsale zu einem Bach und dann zu einem Strom gesammelt werden" [4]).

Auch darüber, wie die „langfristig geplante Veränderung der Gesellschaftsordnung" aussieht, wissen die Initiatoren der Partei Markantes zu sagen:

„1. Zieletappe

Unter dem Deckmantel einer ‚aktiven Friedenspolitik' Übernahme der sowjetischen Anerkennungsforderungen und gleichzeitige Spaltung der Widerstandskraft gegen ein Umfunktionieren unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

2. Zieletappe

Nach geschwächter Frontstellung Beginn des Umfunktionierens unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

3. Zieletappe

Nach erfolgtem ‚Wandel durch Annäherung' Übernahme eines geläuterten Kommunismus.

Jeder verantwortungsvolle demokratische Bürger dieses Staates muß diese Entwicklung erkennen und ihr energisch entgegentreten." [5])

Bereits hier setzt die sprachliche Manipulation ein, die der DU jene Klarheit der Aussage gibt, die die Inhalte der Forderungen zu vertuschen suchen: hier wird nicht gefordert, daß jeder Bundesbürger handeln muß, sobald er ... erkannt hat; vielmehr **muß** der Bürger erkennen, will er verantwortlich sein.

Innerhalb der FDP, von der sich die DU entscheidende Prozente erhofft, sieht die neue Partei keine Möglichkeit zu einer sinnvollen Arbeit: „Auf lange Sicht betrachtet sind die Weichen der FDP links an der SPD vorbei gestellt. Die Nachwuchsorganisation der FDP steht sehr weit links und kennt keine nationale Würde." [6]) Und: „Die Jungemokraten, vor einigen Jahren noch scherzhaft als Laus im Fell der FDP bezeichnet, sind in der Zwischenzeit zum tödlichen Krebsgeschwür der Partei geworden" [7]). War schon anläßlich der Studentendemonstrationen 1968 der Ruf nach einem Vertilgungsmittel für Wanzen ergangen, um wieviel mehr Widerhall muß er jetzt erhalten, wenn es sich um ein „tödliches Krebsgeschwür" handelt!

Die Charakterisierung der FDP weist durchgängig jene demagogische Kommunisten-Hysterie auf, deren sich ein Franz Josef Strauß in Wahlkämpfen so wirksam bedient. Der im Interesse der Systemstabilisierung erzeugte geistige Nährboden der Nachkriegszeit, der Antikommunismus, erweist noch heute seine Effizienz: wie die Erfahrung lehrt, braucht man nur etwas mit der Bezeichnung „kommunistisch" oder „sozialistisch" zu belegen, um es von vornherein zu disqualifizieren. Dieser Methoden bedient sich die Sprache der maßgeblichen Kräfte der DU und ihrer „Vorgänger", der NLA und der RLA. Gipfel solcher begrifflichen Manipulationen sind Zitate wie: „Die FDP ist ... absolut kommunistisch unterwandert" [8]), oder: „Die FDP ist jetzt auch für Kommunisten wählbar geworden" [9]).

Auch das Verhältnis zur CDU/CSU liest sich nicht wesentlich anders: „Die CDU als angebliche Partei der Mitte ist in vielen Ländern einem Linkstrend verfallen" [10]). Einzig zu den revanchistischsten Kräften der CSU scheint noch ein Vertrauensverhältnis zu bestehen: „Wo bleibt die Opposition bei dieser Politik? Nur Strauß und von und zu Guttenberg leisten entschieden Widerstand, die Rest-CDU hüllt sich in Schweigen" [11]).

In Schweigen hüllt sich die DU, wenn es um ihr Verhältnis zur NPD geht. Das ist verständlich, gehören doch maßgebliche Kräfte der DU ehemaligen Organisationen des Hitlerfaschismus an, weist doch das „Braunbuch der Kriegs- und Naziverbrecher" Siegfried Zoglmann etwa als Chefredakteur verschiedener faschistischer Jugendzeitschriften und als Gründungsmitglied des rechtsradikalen Witikobundes aus. Und wenn Kurt Meyer, NLA-Bundesgeschäftsführer, sagt, „Wir wollen keine zweite Entnazifizierung", so hat er als ehemaliger SS-General ein genuines Interesse daran, und er vertuscht zum zweiten, daß es eine solche niemals gab, wenigstens keine, die diesen Namen verdient hätte.

Von der NPD hat sich die DU bislang nirgendwo ausdrücklich distanziert, laut NLA-Landesschriftführer Trittel haben denn auch viele der neuen Parteimitglieder gegen eine Doppelmitgliedschaft in der NPD nichts einzuwenden [12]) und der rheinland-pfälzische NLA-Initiator Alois Bude machte sich im letzten Bundestagswahlkampf für die NPD stark.

Das Verhältnis zur SPD und den Gewerkschaften ist das aller faschistischen- und Rechtskräfte; nicht einmal die Nomenklatur der Parteien ist vor der Manipulation sicher. So ist in einem Info mit dem Stempelaufdruck „Vertrauliche Mitteilungen" zu lesen von einem „geheimen Brief des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (sic!) Willy Brandt." [13]) Diese wohl difamierend gedachte Namensfälschung hat ihr Korrelat in der Gewerkschaftsfeindlichkeit, die sich in vielen Äußerungen zeigt. Als Beispiel sei noch einmal NLA-Landesschriftführer Trittel angeführt, der das „freiheitliche Element" in der Wirtschaft gestärkt wissen will gegenüber dem „Einpeitschen der Gewerkschaften." [14])

Und der Fabrikant und NLA-Vorsitzende Bayerns, Dietrich Bahner, mokiert sich darüber, daß die FDP der Annahme des Betriebsverfassungsgesetzes das Wort redet.

---

[1]) Informationsblatt des RLA, ohne Datum
[2]) Präambel, in NLA-Informationen Nr. 1 vom 4. Dezember 1970
[3]) National-Liberaler Informationsdienst Ed. Hauser, ohne Datum
[4]) ebenda, Nr. 3, datiert 1. 5. 70
[5]) ebenda, Nr. 2/70
[6]) NL-Rundschreiben Nr. 3/70
[7]) NL-Informationsdienst Nr. 5, Juli 70
[8]) ebenda
[9]) NLA-Informationen, Nov. 70, S. 2
[10]) NLA-Informationen, 31. 12. 70
[11]) NL-Informationsdienst, Nr. 6, August 70
[12]) nach „Der Spiegel", Nr. 40/1970, S. 118
[13]) NL-Informationsdienst, Nr. 3, vom 1. 5. 70
[14]) nach „Der Spiegel", Nr. 40/1970, S. 120

Weiter schreibt Bahner: „Sie (die progressiven Kräfte, Anm. d. V.) finden nichts dabei, daß der Betriebsrat zum verlängerten Arm der Gewerkschaften umfunktioniert werden soll, daß also künftig die DGB-Funktionäre die Personalpolitik der Unternehmen bestimmen." [15])

In allen Informationsblättern der NLA ist ständig hingewiesen auf die Gefahr und die Bedrohung aus dem Osten. Die politischen Spekulationen werden zu Sandkastenspielen; „Eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit", heißt es in einem Info, „bringt den Menschen und Völkern im sowjetischen Machtbereich nicht mehr Freiheit, sondern diese wirtschaftliche Hilfestellung festigt und zementiert die Positionen eines Unfreiheitssystems ... Die sowjetische Politik kann weitere Unruheherde und politische Spannungsfelder der Weltpolitik durch Hilfeleistungen und Waffenlieferungen aufrecht erhalten und zusätzliche schaffen. Das Kräfteverhältnis Rußland-China wird zugunsten Rußlands verändert. Die russischen Militärs werden in die Lage versetzt, einen militärischen Sieg über China zu erringen (!) und dieses Riesenland politisch zu unterwerfen (!). Nach einer militärischen Unterwerfung und politischen Gleichschaltung Chinas dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der freie (!) Teil Westeuropas gleichgeschaltet ist." [16]) Aber diese Suggestion von Gefahren reicht noch nicht aus, solange dem nicht im Innern ein Feind korrespondiert: „Es gibt Kräfte um Brandt und Scheel, welche in diesem Vertrag die einmalige Möglichkeit sehen, ihr Ziel, welches sie in ihrer früheren Tätigkeit als Mitglieder der Kommunistischen Partei nicht erreichen konnten, nun endlich auf Umwegen zu erreichen. Es ist das erklärte Ziel dieser Kräfte, ganz Deutschland an das sozialistische Lager anzuschließen und dem Kommunismus zuzuführen." [17]) Das erlogene Argument, der deutsch-sowjetische Vertrag beruhe auf einseitigen Zugeständnissen, wird bis zum Exzeß wiederholt, freilich bedarf es dieser Lüge, um die „Nachweise" für die Gefahren aus dem Osten auf der Hand zu haben. Ein weiteres Element dieser Einschüchterung besteht in dem appellativen Charakter der Sprache: „Noch ist es Zeit ..." und ähnliche suggestiv wirkende Sprachpartikel sind in die Texte eingestreut, dem Stil von Glaubenssekten nicht unähnlich.

Mit der Veröffentlichung von programmatischen Sätzen hat sich die DU bislang sehr zurückgehalten. Lediglich ein Arbeitsprogramm des RLA ist bislang in einem Info erschienen, dazu eine Präambel und einige Leitsätze anläßlich der Klausurtagung in Hennef/Sieg am 28. November 1970. Beides soll hier wiedergegeben werden.

Arbeitsprogramm des Rechts-liberalen Arbeitskreises:

„1. Die Wiedervereinigung Deutschlands muß zentrales Anliegen aller (!) Deutschen bleiben. Der Wille zur Wiedervereinigung darf in unserer Wohlstandsgesellschaft nicht erstickt werden. Er muß, wenn erforderlich, auch über größere Zeiträume hinweg lebendig und wach erhalten bleiben.

2. Keine völkerrechtliche Anerkennung der sogenannten DDR (sowjetische Besatzungszone). Eine völkerrechtliche Anerkennung würde unsere deutschen Landsleute in diesem Teil Deutschlands zu Ausländern erklären. Sie würde ferner ein politisches System auf deutschem Boden legalisieren, das weder dem Volkswillen entspricht noch die Menschenrechte achtet.

3. Keine Preisgabe gesamtdeutscher Rechtspositionen, die ausdrücklich nach dem Willen der Siegerstaaten einem Friedensvertrag vorbehalten sind. Also auch keine Anerkennung der Oder-Neiße Demarkationslinie als Grenze. Das Münchner Abkommen muß rechtsgültig bleiben.

4. Die Erhaltung einer freiheitlichen Gesellschafts- und von privater Initiative getragenen leistungsbezogenen Wirtschaftsordnung. Allen Bestrebungen, ein marxistisch-leninistisches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem einzuführen, muß in allen Anfängen entschieden gewehrt werden.

5. Das Persönlichkeitsrecht, der Schutz der Bürger und ihr Eigentum muß gewahrt bleiben. Auch vor Straßen- und Meinungsterror.

[15]) Bahner-Papier vom 21. 10. 70
[16]) NL-Informationsdienst, Nr. 7, Sept./Okt. 70
[17]) ebenda

6. Der Europagedanke muß gefördert, aber gleichzeitig müssen die wahren nationalen Interessen unseres Volkes gewahrt werden.

7. Unsere Zugehörigkeit zur freien Welt muß durch das Festhalten am westlichen Verteidigungssystem gesichert bleiben.

8. Besondere Förderung von Forschung und Wissenschaft, damit der technologische Anschluß unserer Nation auf allen Fachgebieten erreicht wird und für die Zukunft garantiert ist.

9. Eine vernünftige Bildungspolitik durch die Schaffung eines Bundes-Kultusministeriums und die Einführung eines neuen, sich integrierenden Bildungssystems, welches von der Gesamtschule über die Gesamthochschule sämtliche Bildungsmöglichkeiten und Bildungseinrichtungen umfaßt. Die Wirkungsmöglichkeit für private Lehranstalten muß erhalten bleiben.

10. An unseren Hochschulen muß die Freiheit und die Sachbezogenheit der Lehre garantiert werden.

11. Eine gesunde Eigentumspolitik, durch die Förderung der Bildung privaten Eigentums.

12. Ein gesundes Bauerntum, durch Förderung und Modernisierung der Landwirtschaft.

13. Besseren Schutz des Staatsbürgers und bessere Verbrechensbekämpfung durch Zentralisierung, Modernisierung und Stärkung der Ordnungs- und Justizorgane.

14. Eine einfache und klare Steuergesetzgebung.

15. Die für den normalen Bürger geltenden Steuergesetze müssen auch für die Volksvertreter gültig sein. Darum Aufhebung der Steuerfreiheit für Diätenbezüge der Landtags- und Bundestagsabgeordneten.

16. Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung. Rückkehr zur Sparsamkeit. Abbau überflüssiger Bürokratie bei Bund, Ländern und Gemeinden.

17. Kampf dem schleichenden Währungszerfall durch eine Haushaltsführung der öffentlichen Hand, Solidarität und Stabilität.

18. Pflege des abendländischen und des deutschen Kulturgutes. Pflege des deutschen Volks- und Heimatbrauchtums, der Volksmusik und des Volksliedes.

19. Die Erinnerung an die verwaisten Heimatgebiete muß wachgehalten werden. Das Heimatrecht muß anerkannt werden.

20. Die Erhöhung der Volksgesundheit durch die Förderung des Sports und durch Unterstützung aller sporttreibenden Organe und Vereine.

21. Achtung und Schutz der Familie als Urzelle des Staates. Die Großfamilie oder Kommune ist abzulehnen.

22. Gerechte Sozial- und Rechtsordnung.

23. Bessere Wehrgerechtigkeit." [18])

Es bedarf keines näheren Eingehens auf die einzelnen Punkte des Programms, um zu erkennen, daß hier eine Tradition prolongiert werden soll, die einst den Hitlerfaschismus an die Macht bringen half, ja dafür erst die Voraussetzungen schuf. Sätze wie „Familie als Urzelle des Staates" oder „Pflege des abendländischen und deutschen Kulturgutes" berühren peinlich, sind sie doch vollkommen deckungsgleich mit der nationalsozialistischen Ideologie; wo dies diese Punkte nicht sind, stellen sie lediglich Leerformeln dar: Abbau überflüssiger Bürokratie, Kampf dem schleichenden Währungszerfall, gerechte Sozial- und Rechtsordnung, wer wäre nicht dafür? Diese Leerformeln sind nichts als im höchsten Grade affirmativ und nichts als das; jeder stellt sich darunter vor, was er sich wünscht. Konkrete Angaben werden keine gemacht, die Floskeln bleiben im Formalismus stekken: Die Frage nach dem „Cui bono"? unterbleibt. Von den einfachsten und elementarsten Rechten ist nirgendwo die Rede, dagegen wird die Freiheit partiell schon jetzt bestritten, indem dem einzelnen der Modus der Kleinfamilie aufgezwungen werden soll. Und vor lauter Liebedienerei mit dem Begriff Gerechtigkeit vergißt, wiewohl nicht zufällig, die Forderung nach „Wehrgerechtigkeit" die Alternative: Wozu überhaupt eine Bundeswehr?
Erklärtes Ziel der DU ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich 1973 kei-

[18]) RLA-Information, ohne Datum

ne zweite sozialliberale Koalition konstituieren kann. Auf der Hennefer Tagung kam es zu folgender Präambel und den beigefügten Leitsätzen.

Präambel [19]):

„Die Partei verfolgt das Ziel, die notwendige patriotische Mitte zu schafen, um die Abwehr extrem linker wie extrem rechter Zerstörungsversuche unserer selbstgewählten freiheitlich demokratischen Ordnung zu gewährleisten.

Die Partei bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie und zur Forderung auf friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit, wie dies im Grundgesetz der BRD festgelegt ist. Die Partei bekennt sich zum Recht jedes Menschen auf persönliche Freiheit und Selbstentfaltung als zu einem der Höchstwerte unserer Kultur. Sie betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die persönliche Freiheit gegen die Bedrohungen durch die heutigen kollektiven Mächte in Staat und Gesellschaft zu schützen und der Persönlichkeit ihren Freiheitsraum zu sichern. Die Freiheit des einzelnen findet ihre Begrenzung dort, wo sie die Freiheit anderer gefährdet."

Auszüge aus den „Leitsätzen" [20]):

„Wir suchen echte Zusamemnarbeit mit allen Völkern dieser Erde."

„Wir bejahen die soziale Marktwirtschaft, da sie freie und unabhängige Bürger schafft. Wir sind davon überzeugt, daß die soziale Marktwirtschaft allen anderen Wirtschaftsordnungen überlegen ist. Wir wollen sie gegen sozialistische Angriffe sichern und sie ausbauen. Marktwirtschaft ohne Sicherung des Eigentums ist nicht funktionsfähig; das Recht auf Eigentum ist zu gewährleisten, eine breitgestreute Vermögensbildung zu fördern. Mitbestimmung, Steuern und Erbrecht dürfen nicht auf Umwegen zur Sozialisierung führen. Ferner geht es uns um die Erhaltung und Förderung einer Vielzahl selbständiger Existenzen (Stichworte: Wettbewerb, Privatinitiative, Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft)."

In weiteren „Leitsätzen" werden Statements zu den geleisteten Vertragsunterschriften gegeben sowie die Forderung erhoben, „wenigstens im freien Teil Deutschlands" einen Volksentscheid in Sachen Warschauer Vertrag zu veranstalten. Als reiner Zynismus muß sich aber erweisen, was sich aus dem Munde von NLA-Leuten nach „Freiheit" anhört, besteht diese doch auch zum Teil darin, daß man hier die Freiheit hat, nationalsozialistisches Gedankengut zu verbreiten, während im „unfreien Teil" Deutschlands dem Hitlerfaschismus ein Ende bereitet worden ist. Zynismus aber ist in dieser Präambel noch mehr, ja fast alles, die „echte Zusammenarbeit mit allen Völkern dieser Erde", also auch mit Südafrika, mit Portugal, mit den USA. Zynismus ist die Behauptung von der „sozialen Marktwirtschaft", sie schaffe „freie und unabhängige Bürger", Zynismus ist die Forderung des „Wettbewerbs" der neben der ebenfalls geforderten „freien Unternehmerinitiative" keinen Platz haben kann. Naivität dürfte dahinter wohl nicht mehr stecken, es reicht eher an Verdummung und Betrug heran. Die Forderung nach „breitgestreuter Vermögensbildung" vollends ist Augenwischerei übelster Sorte, garantiert sie doch jene „Wohlstandsminima", mit deren Hilfe die Unternehmer und Konzernherren („Privatinitiative") die Ausbeutung von Millionen Menschen seelenruhig fortsetzen können, wobei diese „Wohlstandsminima" den psychologisch motivierten Geleitschutz bieten für die Expropriation. Offener wird schon in einem Info angesprochen, worum es den NLA-Kämpen geht: „Die Vorstellungswelt (der Progressiven, Anm. d. V.) unterliegt der Faszination der Begriffe von „Chancengleichheit" und „Gleiches Recht für alle". Das Ergebnis ihres neuen System aber bedeutet Gleichmacherei, Stutzen der Flügel der Tüchtigen, Bestrafung besonderer Leistungen, die sich nicht auf die erklärte Willensentscheidung eines „demokratischen" Gremiums berufen können. Sie wollen Unternehmerinitiative nur dann und soweit gelten lassen, als sie demokratisch legitimiert ist. Für Entscheidungen, die ein einzelner trifft, bietet ihr Weltbild keinen Raum. Auch für Glücksfälle des Lebens soll es in Zukunft keinen Platz mehr geben." [21])

Hier enthüllt sich das Wirtschaftsprogramm der DU als das, was es ist: ein Teil nationalsozialistischer Propaganda. Auch der Hitlerfaschismus vertraute auf den Sozialdarwinismus als einen Auslesemechanismus, der den Tüchtigsten belohnt und die anderen untergehen läßt. Noch einmal sei der NLA-Vorsitzende und Unternehmer Bahner zitiert: „Die freie Welt ist nur solange frei, als es freie Unternehmer gibt. Wenn es diese nicht mehr gibt, ist die Welt nicht mehr frei." [22])

Was man indes von den verbalen Bekenntnissen zur „freiheitlich-demokratischen Ordnung" und zur „persönlichen Freiheit" zu halten hat, zeigen zwei weitere Zitate. Die „demokratische" Tendenz der neuen Partei wird Lügen gestraft, wenn es in einem Info der NLA zum Aufbau örtlicher Kader heißt: „Ein örtlicher Vertrauensmann wird dann von uns vorgeschlagen". Aber mit dieser Umkehrung des „demokratischen Willensbildungsprozesses" ist nicht das einzige strukturelle Merkmal faschistischer Systeme genannt, ein weiteres und nicht zu übersehendes ist der Totalanspruch einer Organisation innerhalb der DU, des Witiko-Bundes, ausgesprochen und gutgeheißen von Siegfried Zoglmann, dem prospektiven Vorsitzenden der neuen Rechtspartei: „Freiwillige Bindung an unsere Gemeinschaft hat über jeder anderen Bindung zu stehen." [23])

[19]) NLA- Informationen, Nr. 1, 4. Dezember 70
[20]) ebenda
[21]) Bahner-Papier, 21. Okt. 70
[22]) nach „Der Spiegel", Nr. 40/1970, S. 120
[23]) nach „konkret", Nr. 23/1970, S. 9

Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971

Johanna Hund

Zur Gesamteinschätzung

Das „nationale" Etikett

Wie schon die Anmaßung und der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung durch die Tatsache zum Ausdruck kommen, daß der Bundeskanzler einen Bericht „zur Lage der Nation" geben zu müssen glaubt, so ist auch das Vorwort dieser Studie vom Bundesminister für „innerdeutsche Beziehungen", Franke, entsprechend der jüngsten Taktik der sozialdemokratischen Führungsspitze, die „Frage der Nation" in den Vordergrund zu stellen, abgefaßt. So ist dort die Rede von „wir Deutschen — auch und gerade angesichts der Teilung unserer Landes — ..." und von „der politische Gegensatz zwischen West und Ost, wo er innerhalb eines, unseres, Volkes ausgetragen wird ..." oder von „Staaten, die einer Nation angehören" usw. Ein erneuter Versuch der Verschleierung des klassenmäßigen Charakters einer nationalen oder antinationalen Politik, denn es gibt „keine ‚nationale' Gemeinsamkeit zwischen Sozialismus und Monopolkapitalismus" (Walter Ulbricht). Der Feststellung Walter Ulbrichts: „Die DDR ist der sozialistische deutsche Nationalstaat, in ihr vollzieht sich der Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Nation ... Die BRD ist ein imperialistischer Staat der NATO und verkörpert den verbliebenen Teil der alten bürgerlichen deutschen Nation unter den Bedingungen des Staatsmonopolistischen Herrschaftssystems" (BK, Nr. 5/71, 21. 1. 71) hält Franke folgendes entgegen: „Ob aber die Nation als eine in beiden deutschen Staaten lebendige Wirklichkeit fortbesteht, läßt sich nicht — wie die DDR es tat — durch die Neuinterpretation ... beantworten .... Diese Frage ist vielmehr danach zu beurteilen, ob die Menschen in Deutschland sich als Angehörige einer Nation verstehen, und ob sie an dieser Einheit festzuhalten gewillt sind." (S. XXII).

In bezug auf die Beziehungen der BRD zur DDR wird starr festgehalten an den sogenannten 20 Punkten der Bundesregierung von Kassel und dem sogenannten Berlin-Junktim in der Form, daß zunächst die Alliierten über Berlin und Deutschland als Ganzes zu entscheiden hätten. Und schließlich wird festgehalten an sogenannten „innerdeutschen Gesprächen", die zu „besonderen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands" (S. XXIII) führen sollen. Von Beziehungen auf der Basis des Völkerrechts keine Rede. (Übrigens ist auch bei keiner der drei abgedruckten geographischen Karten eine Staatsgrenze zwischen BRD und DDR eingezeichnet.)

Charakter und Funktion der Studie

Diese Studie ist auf der ganzen Linie ein Versuch der konkreten Anwendung der Konvergenztheorie; hierbei kann sogar noch verzichtet werden auf die Feststellung, daß es sich um eine kapitalistische bzw. sozialistische Gesellschaftsordnung handelt, sondern man glaubt einfach anknüpfen zu können an „historischem Erbe", „gemeinsamen Traditionen", ohne natürlich tatsächlich historisch vorzugehen. Es wird der Eindruck erweckt, als wäre die gemeinsame Formel ein irgendwie dubioses „deutsch", ähnlich wie in jüngsten ausländischen bürgerlichen Presseberichten über die DDR der Tenor des typisch „Deutschen" und nicht etwa die Errungenschaften des Sozialismus vorherrscht.

In der Einleitung — formuliert vom Wissenschaftlerteam — werden in geradezu klassischer konvergenztheoretischer Konzeption für diese Studie „drei Grundaxiome" postuliert:

„— Beide deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sind leistungsorientiert.

— Beide Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sind auf Wachstum und Modernisierung gerichtet.

— Beide Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme werden durch die steigende Bedeutung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Ausbildung charakterisiert."

Wohlgemerkt, an keiner Stelle der Studie wird in irgendeiner Form auf die wesensmäßigen Unterschiede der beiden Gesellschaftssysteme hingewiesen, nicht einmal in der Form, wie sie bei manchen Konvergenztheoretikern zu finden ist, daß z. B. sozialistische Gesellschaften bei einem bestimmten industriellen Entwicklungsniveau auf Grund von „Sachzwängen" gezwungen wären, Abstriche von sozialistischen Prinzipien zu machen und sich auf dem Kapitalismus ähnliche Verhältnisse mit Notwendigkeit hinentwickeln würden. Hier in dieser Studie geht man ohne Umschweife direkt von formal ähnlichen Erscheinungsformen in beiden Systemen aus. Es muß der Eindruck entstehen, daß auch schon der vageste Hinweis auf die unterschiedlichen Systeme, wenn auch noch so verzerrt oder diffamierend, an dieser „Nahtstelle" zwischen Kapitalismus und Sozialismus als zu riskant angesehen wird.

Stellt man sich die Frage, warum zu diesem Zeitpunkt mit einem Aufwand von 300 000 DM diese „Materialien" von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurden, wird die ideologische Funktion der beschriebenen Konvergenzstrategie deutlich. Man kann davon ausgehen, daß diese Studie nicht die Handlungsanweisung für die Bundesregierung für ihre „neue Ostpolitik" sein soll; in diesem Zusammenhang ist ihr Gebrauchswert bei weitem nicht ausreichend, außerdem verfügt die Bundesregierung hierfür seit längerem über weitaus mehr und detailliertes Material, erinnert sei nur an die Jahresberichte des Forschungsbeirates u. a. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß „Materialien" und die Rede Brandts in popularisierter Buchform erscheint, ist diese Studie, so scheint mir, viel eher der Versuch, einerseits der inzwischen auf breiter Ebene erfolgreichen Systemkonkurrenz zugunsten der DDR zu begegnen und andererseits ideologisch für die Bevölkerung die möglicherweise durch den Abbau des militanten Antikommunismus entstehende Lücke zu füllen, in dem Sinne, daß in der Studie der Eindruck erweckt wird: „hier gibt's Schwierigkeiten, dort gibt's Schwierigkeiten, das ist nun mal das Schicksal von ‚Industriegesellschaften'." Also findet man sich am besten ab, mit dem was man hat, denn eine wirkliche Alternative scheint ja nicht möglich.

Diese These — in bezug auf die ideologische Funktion — wird auch dadurch bestätigt, daß die Studie bestimmte Bereiche und zwar die entscheidenden mit dem Hinweis auf angeblich nicht vorhandene Daten ausklammert, nämlich: „Wirtschaftssystem", „Herrschaftssystem" und „Rechtssystem". Diese Ausklammerung bedeutet gleichzeitig, die politischen Kernfragen umgehen, und genau diese Bereiche wären geeignet, einige Hinweise auf den unterschiedlichen Systemcharakter der beiden deutschen Staaten zu geben. Damit werden also nicht behandelt Fragen wie: Eigentumsverhältnisse, Planungs- und Leitungsmethoden sowie demokratische Kontrolle und Mitbestimmung der Werktätigen, Demokratie im Sinne von tatsächlicher Volksherrschaft oder akklamatorischer Parlamentarismus u.a.m. Dagegen wird suggeriert, daß „Lebensbereiche" verglichen werden, also die Bereiche, die den „kleinen Mann" angeblich wirklich interessieren.

Die „Wissenschaftlichkeit" dieser Studie

Auch hier wieder die Manipulation des Lesers: was „wissenschaftlich" ist, ist „objektiv" und damit wohl auch „wahr". So ist denn bei der Darstellung des „Wissenschaftsverständnisses" die Rede von „Offenheit" und „undogmatischem Charakter des gewählten Frage- und Forschungsansatzes" usw. Die Arbeitsgruppe fühlt sich dem „kritischen Rationalismus" verpflichtet, der „Werturteile von Tatsachen" trennt, aber „gleichwohl zielt sein Engagement auf die Erkenntnis wie auf Reform". Und weiter heißt es: „Mit dieser Position ist das in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 formulierte Programm für die innerdeutschen Beziehungen: ‚von der Konfrontation zur Kooperation' durchaus vereinbar. Alle Mitglieder der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe, welche politische Einstellung sie im einzelnen auch immer vertreten mögen, haben dieses Programm als Ausdruck des Reformwillens der Bundesregierung akzeptiert." (S. XXVI).

Im Forum Nr. 18, Oktober 1970 heißt es in einer Analyse von Harald Wessel: „Hinter dem Namen ‚kritischer Rationalismus' verbirgt sich eine theoretische Rechtfertigung des opportunistischen Denkens und Verhaltens, eine Verherrlichung der prinzipienlosen Dünnbrettbohrerei, eine demagogische Theorie des Sich-Abfindens mit dem Bestehenden, die zwar Reform in kleinen Schritten propagiert, grundsätzliche sozial-politische Lösungen indes verwirft, eine Theorie also, die das staatsmonopolistische System nicht antasten, aber funktionstüchtiger machen will . . . ".

Dieser „kritische Rationalismus", der vorgibt, „objektiv" zu sein, in Wahrheit aber Partei für das staatsmonopolistische System ergreift, muß denn auch indirekt gegen den Marxismus Schläge austeilen, indem er als „ideologischer Dogmatismus" abgetan wird, der es wagt, „die eigene gesellschaftspolitische Ordnung (z. B. die sozialistische DDR, J. H.) als ‚geschichtlich höher entwickelte Form' zu empfehlen" (S. XXVII).

Dieser angeblich so „kritische Rationalismus" expliziert denn auch, daß „zahlreiche Fragestellungen, vor allem auch methodologische und methodische Aspekte, wie sie bei der Erforschung westlicher (!) Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme lange Jahre erprobt worden sind, für die vergleichende Analyse fruchtbar gemacht werden" (S. XXVII). Jeder auch nur ansatzweise kritische Student an westdeutschen Hochschulen weiß heute erstens, wie problematisch die Methoden und Techniken der positivistischen Sozialforschung schon im Hinblick auf die Analyse der BRD sind, und zweitens, daß sie um so weniger geeignet sind, gleichermaßen als Instrumentarium für die Analyse sozialistischer Gesellschaftsordnungen angewandt zu werden. Es ist weiterhin allgemein bekannt, mit welcher Vorsicht statistischen Aussagen über die BRD (z. B. im statistischen Jahrbuch der BRD) zu begegnen ist.

Das starke Engagement der Wissenschaftlergruppe und ihr drängender Reformwile unter staatsmonopolistischen Vorzeichen kommt dadurch zum Ausdruck, daß bestimmte Probleme in den untersuchten „Lebensbereichen" hervorgehoben und positiv dargestellt werden: so z. B. die staatliche Lohnpolitik der DDR, die perspektivische Planung der Berufsausbildung in der DDR und das politische Engagement der Jugend in der BRD, welches mit einem Hinweis auf die Erfolge in der DDR zu integrieren empfohlen wird. Im weiteren wird auf einzelnes noch näher eingegangen.

Zu den einzelnen „Bereichen"

Verglichen worden sind acht sogenannte Bereiche:

I. Die beiden deutschen Staaten in der Welt und ihr Verhältnis zueinander — Aspekte und Tendenzen
II. Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur
III. Produktion und Produktivität
IV. Hauptfaktoren der Infrastruktur
V. Einkommen, Verbrauch, Lebenshaltung
VI. Hauptaspekte der Sozialen Sicherung
VII. Bildung und Ausbildung
VIII. Zur Situation der Jugend

Gründe für die Auswahl gerade dieser Bereiche und nicht anderer werden nicht angeführt; es wird nur hervorgehoben, daß dem Kapitel I besondere Bedeutung beizumessen ist, wurde doch gerade dieses Kapitel vor Abdruck in einem „politischen Gesprächskreis" unter Leitung von Leo Bauer (persönlicher Berater von Brandt) diskutiert. Offenbar erscheint es zu riskant, Aussagen zum politischen Verhältnis beider deutschen Staaten allein den Wissenschaftlern zu überlassen, seien sie auch noch so ergeben.

Unter Berücksichtigung der Einschätzung dieser Studie insgesamt — was auch bedeutet, daß es nicht darum geht, ein objektives Bild von den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR zu geben — ist es nur relevant, die Abschnitte zu erwähnen, die einerseits hervorgehoben erscheinen und andererseits auffallend als nachahmenswert für die BRD empfohlen werden.

Von besonderer Bedeutung ist in der Tat das erste Kapitel, und wenn in der Einleitung gesagt wird, „im ganzen der ‚Materialien' erhält Kapitel I erst ... den ihm angemessenen Stellenwert" (S. XXVIII), so ist dem zuzustimmen, aber auch in der Form, daß alle späteren Aussagen in dem dort abgesteckten politischen Rahmen zu sehen sind.

Hier die wichtigsten Punkte: Unter „Politische Bindungen — Vorbehalte" werden der sogenannte Deutschlandvertrag, den Adenauer und die drei Westmächte am 26. Mai 1952 in Paris unterzeichneten — scheinbar objektiv referierend — der Erklärung der Sowjetunion zur Souveränität der DDR vom 25. März 1954 gegenübergestellt. Als unveränderte Haltung auch der jetzigen Bundesregierung gegenüber der DDR muß vor allem angesehen werden, wenn anschließend unter der Zwischenüberschrift „Friedensvertrag" aus dem berüchtigten Artikel 7 des sogenannten Deutschlandvertrages (seit 1955 in Kraft) u. a. im Wortlaut folgendes abgedruckt wird: „Bis dahin werden sie (die drei Westmächte und die BRD, J. H.) ‚zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist' " und „ ‚daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser (Friedens-) Regelung aufgeschoben wird'." (S. 1 ff.).

Auch mit dem Anstrich, ganz unparteilich „bloß" zu referieren, werden die Militärbündnisse (NATO und Warschauer Vertrag) aufgeführt. Zur „Sicherheitspolitik der Bundesrepublik" heißt es: sie stehe „unter einem dreifachen Aspekt: Sie wirkt erstens an der Aufrechterhaltung eines stabilen militärischen Gleichgewichts mit; auf dieser Grundlage will sie zweitens durch Überwindung des Ost-West-Gegensatzes den Frieden in Europa festigen; sie bemüht sich drittens ständig um eine Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen aller Staaten" und weiter unten: „Die Politik der Bundesregierung wurzelt in der Erkenntnis, daß Sicherheit durch Abschreckung ein wesentliches Element des Friedens bleibt, Sicherheit durch Spannungsabbau jedoch als notwendige Ergänzung hinzutreten muß." (S. 4). Der „Aggressor" steht nach wie vor im Osten, denn: „Der Warschauer Pakt unterhält in Mitteleuropa wesentlich stärkere konventionelle Streitkräfte als das nordatlantische Bündnis. Sie sind stärker, als dies für die Abwehr eines Angriffs oder für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Vorherrschaft erforderlich wäre. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten erhöhen zudem — im Gegensatz zum Westen — ihre Verteidigungsanstrengungen von Jahr zu Jahr ... Wenngleich im Westen die Gefahr eines Krieges gegenwärtig gering eingeschätzt

wird und obwohl eine solche Gefahr durch Erfolge der Entspannungspolitik weiter gemindert werden könnte, so kann doch die Existenz einer solchen militärischen Stärke nicht übersehen werden." (S. 5). So wird hier die Wehrkonzeption des sozialdemokratischen Kriegsministers Schmidt untermauert und die Begründung für die ständige Erhöhung der Rüstungsausgaben der BRD geliefert. Prompt heißt es auch weiter unten: „im Jahre 1970 betrugen die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik 22,65 Mrd. DM, die offen deklarierten der DDR 6,7 Mrd. Mark." (S. 5). Wir haben oft genug nachgewiesen, daß gerade die Rüstungsausgaben der BRD nicht „offen deklariert" werden; tatsächlich betragen die Rüstungsausgaben der BRD mehr als das Doppelte der „deklarierten" Summe, nämlich ca. 46 Mrd. DM, rechnet man die eindeutig Militärzwecken dienenden Ausgaben z. B. auf dem Gebiete der Forschung, oder Infrastruktur, oder ähnlich hinzu.

Interessant sind noch die Spekulationen in bezug auf einen „Bündnisfall" im Rahmen der Warschauer-Vertrags-Staaten: „Ungeregelt ist, ob die Unterstützung einer Revolution in einem Bündnisland durch eine dritte Macht als „bewaffneter Überfall" gilt. Hier greifen die Grundsätze des ‚sozialistischen Internationalismus' ein. Danach sehen die DDR und eine Reihe sozialistischer Staaten es als ihre völkerrechtliche internationale Pflicht an, nicht erst bei einer Unterstützung einer in einem Bündnisland ausgebrochenen Revolution („Konterrevolution") von außen, sondern schon angesichts einer Konterrevolution ohne äußere Unterstützung gegen diese zu intervenieren. Hierbei fällt zusätzlich ins Gewicht, daß der Begriff „Konterrevolution" in der öffentlichen Darstellung der DDR und der UdSSR durch den Zusatz „schleichend" eine weite Ausdehnung erfahren hat, so daß er auch sich gewaltfrei vollziehende Erneuerungsprozesse etwa in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus umfaßt".

M. E. zeigen diese wenigen angeführten Zitate, die den politischen Rahmen dieser Studie darstellen, ganz deutlich das unveränderte strategische Ziel der Bundesrepublik gegenüber den existierenden sozialistischen Staaten in Europa und ganz besonders gegenüber der sozialistischen DDR: „gemeinsames Ziel ... ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist."

Im Kapitel II: „Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur" werden fast ausschließlich statistische Daten gebracht, die erstens von mir nicht nachgeprüft werden können und zweitens — wie fast alle nach der positivistischen Erfassungsmethode aufgearbeitete Daten — wenig allgemeine Aussagekraft haben.

Z. B. in einer Tabelle „Verteilung der Erwerbspersonen" wird auch hier wieder mit den vielfach umstrittenen Kategorien wie „Selbständige", „Mithelfende Familienangehörige" gearbeitet. Natürlich treten dann auch Zweifel auf, wie „Mitglieder von Produktionsgenossenschaften" (S. 37) einzuordnen sind.

Als zweites Beispiel für die mangelnde Aussagekraft, vor allem hinsichtlich der perspektivischen Entwicklung, wäre anzuführen, daß für Aussagen über Berufsstruktur ausschließlich Zahlenmaterial aus dem Jahre 1964 zugrunde liegt. Dadurch wird sowohl die dynamische Entwicklung der DDR gerade seit Beginn der 60er Jahre unterschlagen, als auch eine wahrscheinlich ‚ungenügende' Entwicklung in der BRD auf dem Sektor der Qualifikationsstruktur. Folgendes Zitat aus der Studie selbst verdeutlich die Problematik: „Die Versorgung der Bundesrepublik mit hochqualifizierten Erwerbspersonen war also ... insgesamt günstiger als die der DDR. Ausschlaggebend dafür waren die innerdeutschen (I) Wanderungen, durch die die DDR in der Nachkriegszeit etwa ein Drittel ihrer Akademiker an die Bundesrepublik verloren hat. Bei ihrer besseren Fachschulausstattung wäre der Hochqualifizierten-Anteil insgesamt in der DDR ohne Wanderungen bereits 1964 höher gewesen ... " (S. 42).

Das Kapitel III: „Produktion und Produktivität" ist vom wissenschaftlichen Standpunkt am unhaltbarsten, allerdings zeigt es deutlich, wie sehr „kritischer Rationalismus" und staatsmonopolistische Politik Hand in Hand arbeiten. Hier müßten sämtliche Daten und Tabellen von einem marxistischen

Wisenschaftlerkollektiv nachgerechnet werden. Die ganze Studie mißt die DDR an der BRD, also werden in diesem Kapitel Kategorien aus der bürgerlichen Volkswirtschaft, der Wissenschaft des Kapitalismus, angewandt auf Erscheinungsformen eines sozialistischen Wirtschaftssystems, das System selbst wird ja, wie gesagt, ausgeklammert. So ist z. B. die fragwürdige Kategorie des „Bruttosozialprodukts" der Gradmesser für Produktionssteigerung in beiden Gesellschaften, ebenso wird Produktivität nach der hier üblichen Methode berechnet, mit dem Ergebnis, daß die Produktivität in der DDR angeblich um 50 Prozent niedriger liegt als in der BRD. Oberflächlich vermittelt dieses Kapitel den Eindruck eines allgemeinen Hinterherhinkens der DDR hinter der BRD. Krisen und Schwankungen in der BRD werden verniedlicht, angeblich soll es sie auch in der DDR geben.

Die politische Funktion dieses Kapitels ist damit eindeutig: da im allgemeinen „Volksverständnis" der Eindruck entsteht, es handele sich um den Vergleich der Wirtschaftssysteme, darf auf keinen Fall ersichtlich werden, daß ein sozialistisches Wirtschaftssystem Stabilität garantiert.

Das Kapitel IV: „Hauptfaktoren der Infrastruktur" ist wieder „harmloser", hat man ja auch die weitaus größere Zahl der privaten Pkw's aufzuweisen. Auf diesem Hintergrund kann man zugeben, daß der Wohnungssektor in der DDR sowohl von der Bedarfsdeckung als auch von den Mieten her besser dasteht. „Die Mieten qualitativ vergleichbarer Wohnungen sind in der Bundesrepublik zwei bis dreimal so hoch wie in der DDR" (S. 72); Altbaumieten werden nicht verglichen, diese noch viel niedrigeren Mieten sollen angeblich auf mangelhaftere Modernisierung hinweisen.

Im Kapitel V: „Einkommen, Verbrauch, Lebenshaltung" kommen typische Methoden aus der bürgerlichen Volkswirtschaft zur Anwendung, wie z. B.: Errechnung von Durchschnittseinkommen, durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalten und sogenannte „gekreuzte Warenkörbe" (d. h. z. B., daß das durchschnittliche Nettoeinkommen in Arbeitnehmerhaushalten der BRD sehr verzerrt ist, weil niedrigste und höchste Einkommen von Lohnabhängigen, die bekanntermaßen sehr auseinanderklaffen, zusammengerechnet werden. Eine absolute Zahl — sonst wird immer mit Prozenten gearbeitet — deutet die Problematik an: 1968 in der BRD wird eine Durchschnittsrente von DM 805 für einen Zwei-Personen-Haushalt angenommen; lt. FR vom 13. 2. 71 beträgt die durchschnittliche Rente 440,— DM). Obwohl — wie andeutungsweise beschrieben — vorgegangen wird, muß zugegeben werden: „Trotz der niedrigeren Einkommen entspricht heute in der DDR der mengenmäßige Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten Nahrungsmitteln dem der Bundesrepublik"; oder die Kaufkraft der Mark in der DDR für einen durchschnittlichen Zwei-Personen-Rentnerhaushalt war Mitte 1969 um 11 Prozent höher als die der DM in der BRD. (S. 105).

Interessant ist m. E. folgende Feststellung: „In der DDR ist es Aufgabe der Lohnpolitik, den ‚Lohnfonds', der in den Plänen für die gesamte Volkswirtschaft, die Wirtschaftsbereiche, die Betriebe und sonstige Institutionen festgelegt ist, so einzusetzen, daß er den wachstumspolitischen Zielen entspricht" (S. 89) und dies wird sogar noch „erhärtet" durch ein Zitat aus dem Wörterbuch der Ökonomie, eines der ganz wenigen Zitate aus DDR-Publikationen überhaupt. War es vorher Schmidt's Handschrift, so scheint hier die von Schiller besonders hinsichtlich seinen Bestrebungen nach „Lohnleitlinien" deutlich hevorzutreten.

Dagegen heißt es zu „Verbraucherpreise", obwohl im Text verschiedentlich die Preiserhöhungen in der BRD — wenn auch als fast schicksalhaft gegeben — erwähnt werden, „die Verbraucherpreise werden in der DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik administrativ (!) festgesetzt" (S. 99).

Kapitel VI: „Hauptaspekte der Sozialen Sicherung", dies ist relativ unbedeutend, weil „auf die Systeme der sozialen Sicherung in beiden Staaten beschränkt" (S. 117). Durch die Beschränkung auf mehr formale Aspekte, erscheint soziale Sicherheit in der BRD völlig unproblematisch. Es wird zusätzlich noch mit derartigen Übertreibungen gearbeitet wie: „Zum Schutz der Arbeitnehmer gegen Erwerbsrisiko gibt es nur in der Bundesrepublik ein eigenständiges und voll ausgebautes System von Maßnahmen und Leistungen . . . " (S. 117).

Meinungsverschiedenheiten und heftige Diskussionen mit der CDU/CSU-Opposition dürfte es vor allem über die letzten beiden Kapitel „Bildung und Ausbildung" und „Zur Situation der Jugend" gegeben haben. An dieser Stelle wird die Absicht und der Reformwille, selbstverständlich unter staatsmonopolitischen Vorzeichen, überaus deutlich. Es wird darauf hingewiesen, daß „die Jugend" in der Bundesrepublik, wenn sie sich politisch geäußert hat, durchaus beachtenswerte, „vernünftige" Vorstellungen entwickelt hätte und daß — mit dem Hinweis auf das Beispiel der DDR — die Bundesrepublik gut beraten wäre, wenn sie sich anschickt, die Jugend mehr als bisher in das politische Geschehen zu integrieren. (Vgl. Äußerung von Staatssekretär Dohnanyi anläßlich eines Teach-ins in München: „für die erfolgreiche Hochschulreform brauchen wir eine politisierte Studentenschaft".)

Der Widerstand der CDU/CSU-Opposition rührt daher, daß sie, von ihrem Interesse aus gesehen, befürchten, diese integrationistischen Bestrebungen könnten durchaus zu zweischneidigen Ergebnissen führen; und noch viel mehr wird befürchtet, daß diese Darstellungsweise der Jugend in der DDR, ihrer politischen Rechte und Möglichkeiten, der sehr viel besseren und zukunftsweisenden Berufsausbildung u.a.m. die Mobilisierung der Jugend der BRD in falsche Richtung lenkt. Jugendfunksendungen, in denen die „Materialien" zitiert worden sind, haben diese Befürchtungen bereits bestätigt. Bei diesen Sendungen hat sich auch gezeigt, daß die Diffamierung der FDJ als „Staatsjugend" und ähnliches nicht die gewünschte abschreckende Wirkung erzielt hat.

Abschließend wäre festzuhalten, unabhängig von der Absicht, die mit dieser Studie verfolgt werden soll, spiegelt der Zeitpunkt und auch die Tatsache, daß sie überhaupt erarbeitet wurde, eine Veränderung der politischen Situation in der BRD selbst wider.

Auf der einen Seite zeigt sich, in welchem Ausmaß die erfolgreiche Entwicklung in der DDR — insbesondere auf den der hiesigen Bevölkerung leichter zugänglichen Bereichen, wie z. B. das Bildungs- und Ausbildungssystem, die Rechte der Jugend u. ä. — breiteren Bevölkerungsschichten in der BRD trotz aller Manipulationsversuche bekannter und bewußter wird und daß diese Bestandteil des Klassenkampfes hier ist. Die frühere Taktik, vor allem von seiten der CDU/CSU, die DDR total zu ignorieren oder zu verketzern, hat sich in zunehmendem Maße und mit fortschreitendem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der DDR als unbrauchbar erwiesen. Die Studie ist der erzwungene Versuch einer veränderten Haltung zur DDR.

Auf der anderen Seite wird aber auch deutlich, wie sehr aus Gründen der Systemerhaltung, um das System funktionstüchtig zu machen und auch aus Gründen der Systemkonkurrenz Reformen in der Bundesrepublik notwendig sind. Auch aus diesem Grunde wurde an manchen Stellen der Studie fast „ungeschminkt" auf eine erfolgreiche Politik der DDR hingewiesen.

Es kommt also bei den bevorstehenden verschärften Auseinandersetzungen verstärkt darauf an, daß die Arbeiterklasse und alle mit ihr verbündeten Gruppen und Schichten der Bevölkerung ihre Interessen bei den notwendigen Reformen mehr und mehr durchsetzen, und daß gleichzeitig in größerem Maße ein Bewußtsein darüber entwickelt werden kann, daß die erfolgreiche Entwicklung in der DDR darin begründet liegt, daß es sich um ein sozialistisches System, um einen Staat der Arbeiter- und Bauernmacht handelt.

Die fundamentalen Unterschiede der Systeme in beiden deutschen Staaten herauszustellen und dabei auf die Überlegenheit des sozialistischen Systems und seiner konkreten Anwendung in der DDR hinzuweisen, ist unsere Aufgabe.

facit abonnieren!

Rezension

Die marxistisch-leninistische Philosophie und der ideologische Kampf der Gegenwart, herausgegeben von Rolf Kirchhoff, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1970, 5,60 DM.

Ausgehend von dem nun schon fast für den ideologischen Kampf legendär gewordenen 9. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dessen Feststellung durch Kurt Hager, daß die „Aufgaben der Gesellschaftswissenschaftler ... in unserer Zeit vor allem auch dadurch bestimmt (werden), daß der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus ausnahmslos alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens erfaßt und das Grundproblem unserer Epoche darstellt" und daß dieser sich insbesondere auf dem Gebiet der Ideologie immer mehr verschärft, sind in diesem Buch ausgewählte Artikel aus der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie" zusammengestellt. Sie deuten schon an, was die letzten einundeinhalb Jahre mit aller Deutlichkeit bestätigt haben: den Übergang der DZfPh zu einem offensiv diskutierenden und operierenden Organ im ideologischen Klassenkampf, fernab von Stubengelehrterei und Pflegestättentum philosophischer Privathobbyisten, hautnah an den Bedürfnissen derjenigen, die als regierende Arbeiterklasse mit dem gesellschaftsfeindlichen, staatlich organisierten Monopolkapital und ihren Ideologen konfrontiert sind, als auch derjenigen, die unter diesen Bedingungen den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse zu führen haben.

Walter Jopke, den wir von seiner Adorno/Horkheimer-Vernichtung auf der Tagung des IMSF zur „Frankfurter Schule" her kennen, gibt einen philosophiegeschichtlichen Überblick antimarxistischer Philosophien seit Marx bis heute. Sein materialistisches Herangehen wird vor allem dadurch gekennzeichnet, daß er die philosophische Basis und ihre Argumentation mit der jeweiligen historischen Situation und den Bedürfnissen, aber auch aktuellen Reaktionen der herrschenden Klasse in Verbindung zu bringen sucht. So lassen sich schon in der Gegenüberstellung Nietzsches und Simmels/Tönnies relativ früh zwei Linien der bürgerlichen Ideologie im Kampf gegen den Marxismus prototypisch finden, die aggressiv offen antikommunistische und die integrationistische. Dabei entwickelt J. die These, daß in Perioden relativer Ruhe oder nach Niederlagen der Arbeiterklasse das Moment der „Erweiterung" oder „Verbesserung" des Marxismus besonders hervortritt (S. 27).

Dem korrespondiert die Aussage von Manfred Buhr, daß die von der bürgerlichen Marx-Kritik angeschlagene Tonart gegenüber dem Marxismus abhängig von der jeweiligen historischen Situation sei, wie vor allem die Ereignisse in Ungarn 1956 gezeigt hätten (S. 199). Als der konterrevolutionäre Putsch Anlaß zur Freude für die Feinde des Marxismus-Leninismus gab und sie die Rückgewinnung schon verloren gegangenen Territoriums erhofften, war ihre Argumentation infam. Sie änderte sich nach dem Sieg der revolutionären Kräfte. Der 1966 von Buhr geschriebene Artikel „Entfremdung — philosophische Anthropologie — Marx-Kritik" konnte noch nicht die Ereignisse 1968 in der CSSR und ihre Widerspiegelung in der bürgerlichen Philosophie verwerten. Das Zwischenspiel enthusiastischer Prager-Frühlings-Sozialisten ist weitgehend, ohne daß diese Waffe verrostet, biederem Antikommunismus gewichen. Interessant wäre es in diesem Zusammenhang, die Argumentation des Trotzkismus als eines subversiv auf die Arbeiterklasse angesetzten Vorpostens zu untersuchen. (Siehe das Verhalten der Angeklagten im sog. Trotzkistenprozeß: September 1968, nachzulesen in der mannheimer Postille „Was tun?", programmatischer Aufruf zum Sturz der kommunistischen Herrschaft in der CSSR und zum Kampf gegen die regierende Arbeiterklasse in den anderen sozialistischen Staaten; 1971 Bittbrief, mit der Kontaktadresse Hermann Weber, Renegat und jahrelanger literarisch-antikommunistischer Zulieferer, und das Plädoyer, man habe ja nur verbessernde Ansichten zur Diskussion stellen wollen).

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung Buhrs stehen vor allem die Entfremdungsabsolutisten, die von der klerikalen Position Thiers bis zur bürgerlichen Modephilosophie Sartres und Fromms reichen, deren Urväter jedoch — meist unausgesprochen — Marcuse und Hendrik de Man, die Entdecker der ökonomisch-philosophischen Manuskripte, sind. Konvergenztheoretische Konzepte vorbereitend verbindet sie alle die „tiefe" Einsicht, daß der in den Produktionsverhältnissen begründete Widerspruch von Kapital und Arbeit sich aufgelöst habe in das angebliche Grundproblem unserer Epoche, die Entfremdung. Buhr führt die Entfremdung auf seinen marxistischen Kern zurück. Bei aller religiös antiautoritären Mythologie Fromms warnt er die Marxisten weiter davor, die Entfremdung nicht etwa als illegitimes Kind zu verbannen (S. 189).

Alfred Kosing setzt sich mit einem anderen Theoretiker auseinander, der zwischen „hüben" und „drüben" lediglich deformierende Gemeinsamkeiten entdeckt, nämlich Ernst Fischer. Ohne lange moralisch über Fischers Austritt aus der revolutionären Arbeiterbewegung zu lamentieren, begründet Kosing Fischers revisionistische Preisgabe des Marxismus-Leninismus in Interdependenz zu seinem politischen Renegatentum an dessen zentraler Kategorie, der „Utopie vom ganzen Menschen" in der Konfrontation mit den real humanistischen Vorstellungen von Marx, Engels, Lenin und ihrer Realisierung in den sozialistischen Staaten.

Ein weiterer Komplex von Artikeln beschäftigt sich mit der Konvergenztheorie als Ausdruck illusionärer Erwartungen und ideologischer Aggressivität (D. Noske), dem Menschenbild der bürgerlichen Kulturanthropologie (D. Ulle), den Varianten bürgerlicher Futurologie mit den dabei erforderlichen Differenzierungen und den Zukunftskonzeptionen des Sozialismus (Fiedler/Müller und Ley/Mende).

Das Buch ist insofern vor allem für Intellektuelle geeignet, weil es alle Argumentations- und Praxisetappen des bürgerlichen Gymnasiasten auf seinem Weg zum Marxisten aufgreift und offensiv beantwortet. Auch wenn Marcuse, Sartre, Spengler, Fromm, Fischer eine desto geringere Resonanz haben werden, je mehr Intellektuelle den Grundwiderspruch auch sehr spürbar in ihrer späteren Berufsexistenz erfahren, ist mit einem regelmäßigen Wiederaufbauschen dieser Märchentanten zu rechnen, da gerade in der Übergangsphase, der antimonopolistisch-demokratischen Sammlungsetappe alles in die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten hineingetragen wird, was ihre Reihen spaltet und ihre Orientierung am realen Sozialismus verhindert. Das wird dann erfolglos sein, wenn „das Hauptaugenwerk der materialistischen Dialektik (auch weiterhin) der objektiven Dialektik des wirklichen tätigen Lebensprozesses der Menschen (gilt). Ihr Anliegen ist das Begreifen und das Praktizieren dieser realen Dialektik. Sie steht daher jeder Illusionierung der Lebensprobleme entgegen. Sie ist mit Passivität und Konservatismus im Denken und Handeln ebenso unvereinbar wie mit anarchistischem Verhalten. Sie verträgt sich nicht mit der bloßen Klage oder der bloß moralisierenden Verurteilung von Entfremdungserscheinungen; sie vermittelt vielmehr ein aktives, sozialistisch-veränderndes Verhältnis der Menschen zu ihrem gesellschaftlichen Dasein, ein Verhältnis, das auf die bewußte Herrschaft der Menschen über ihre Umwelt zielt ..." (Wolfgang Eichelz I, S. 178).

Herbert Lederer

facit reihe 4
proletariat & kunst

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

1
'71
Januar - März

Wissenschaftlich-technische Intelligenz und Angestellte im Spätkapitalismus

Institut f. Marxistische Studien u. Forschungen e.V., 6 Frankfurt/M.-1, Liebigstraße